

Vorwort des Bezirksvorsitzenden

1. Von der Jungen Union Baden zur JU Südbaden

2. JU Südbaden als Meinungsführer

2.1 Europa – Herzkammer Südbaden

2.2 „Wir brauchen Mut für eine menschlichere Zukunft“ – von Jutebeuteln und Verschmutzungsrechten

2.3. Die Erde – geteilt! Entwicklungspolitik aus Südbaden

2.4 Dienst an der Gemeinschaft – mit oder ohne Waffe?

2.5 Jugend & Gesellschaft

2.6 Ordnungspolitik als Wohlstandsgarant – Soziale Marktwirtschaft im Zeitalter von Arbeitslosigkeit, Strukturwandel und digitaler

2.7 Pragmatische Prinzipientreue – Die Junge Union Südbaden in den zivilgesellschaftlichen Debatten

2.8 Die Gestaltung der Zukunft als Kernaufgabe! Südbaden 2030

3. Erinnerungen an die JU

4. Freundeskreis

5. Vorsitzende

6. Bezirkstage

Schlusswort der Autoren



Yannick Bury

Liebe Freunde der Jungen Union Südbaden,

die JU Südbaden ist etwas Besonderes – und das seit mittlerweile 70 Jahren. Seit 1947 übernehmen junge Menschen in unserer Jungen Union Verantwortung für die junge Generation, die Gesellschaft und für unsere Heimat Südbaden. Seit 1947 wollen junge Menschen in der JU mitreden und die Zukunft unserer Generation und unserer Heimat mitgestalten. Vom Bodensee bis zum Kaiserstuhl, vom Hochrhein, über den Schwarzwald bis in die Ortenau.

Die Themen, bei denen die Junge Union Südbaden über 70 Jahre Akzente setzen konnte sind so vielfältig wie unser Verband: Von Umweltpolitik und Nachhaltigkeit, über das für uns seit jeher zentrale Thema Europa bis hin zu unserem aktuellen Programm Südbaden 2030. Diese Chronik gibt einen kurzen Überblick, welche Themen damals wie heute die Arbeit unserer JU Südbaden prägten und prägen. In der JU Südbaden haben wir die politisch inhaltliche Arbeit, die Auseinandersetzung mit den aktuellen politischen Herausforderungen und die Entwicklung von Lösungskonzepten, seit jeher als Herzstück unseres Engagements verstanden. Immer durchdacht und der Komplexität der Themen Rechnung tragend, nie vereinfachend oder gar populistisch. Dabei zeichnet unseren Verband seit jeher aus, auch für unsere Partei neue Themen anzupacken und ihr thematisch voranzugehen. Die Digital- und Netzpolitik mit einem bis heute für die CDU Programmatik wegweisenden Papier, das aus der JU Südbaden stammt, ist hier nur ein Beispiel.

Die JU Südbaden sind nicht die Bezirksvorstände. Die JU Südbaden, das sind seit jeher die heute 1700 jungen Menschen, die sich einbringen und engagieren, die gemeinsam Verantwortung für das junge Südbaden übernehmen wollen. Und die Junge Union zeigt, dass das geht und junge Menschen die sich einbringen möchten, Politik ganz konkret gestalten können. Die JU gibt ihnen dafür eine Stimme. Unser Anspruch ist es, gestern wie heute, die politische Stimme der jungen Generation zu sein. Wir verstehen uns dabei als junge Volkspartei, die die gesamte junge Generation vertreten will – egal ob Schüler, Auszubildende, Studenten, junge Berufstätige oder junge Selbständige. Darum gilt es, gerade heute vielleicht auch intensiver als bislang, den Kontakt und das Gespräch zu und mit all diesen Gruppen zu suchen. Nur so bleiben wir junge Volkspartei – und nicht weniger, auch das zeigt der Blick zurück auf 70 Jahre, ist unsere Aufgabe.

Politische Stimme der jungen Generation in Südbaden zu sein bringt mit sich, gelegentlich auch unbequem zu sein. Nicht als Selbstzweck, sondern dann wenn es darum geht, unsere politischen Ziele in der CDU, der JU und der Öffentlichkeit durchzusetzen. Dass wir ein selbstbewusster Verband sind, der zu seinen Positionen steht, mit Nachdruck für sie kämpft und auch dann Rückgrat hat, wenn es schwierig wird,

davon können so manche CDU Bezirks- und JU Landesvorsitzende sicherlich auch ein Liedchen singen. Aber auch das zeichnet unsere JU Südbaden seit 70 Jahren aus.

All das ist geprägt von einem besonderen Miteinander in der JU Südbaden. Und jeder, der die JU Südbaden kennt weiß, dass neben unserer politischen Arbeit, neben dem Einsatz für die gemeinsame Sache bei uns die Gemeinschaft und der Spaß, etwa bei den schon fast legendären Partys an den Bezirkstagen, auf unseren politischen Bildungsreisen, Hüttenwochenenden oder bei gemeinsamen Weinfestbesuchen noch nie gefehlt hat. Dass man dabei auch denkwürdige Geschichten erleben kann, ist wenig überraschend. Die eine oder andere davon findet sich auch in dieser Chronik.

Nur wenn wir auch weiterhin, so wie in den letzten 70 Jahren, eine starke Gemeinschaft sind die zusammenhält, in der Freunde gemeinsam Verantwortung übernehmen wollen, können wir auch politisch erfolgreich sein. Es ist gerade diese Kombination aus durchdachter politischer Arbeit und einer starken Gemeinschaft von JU Freunden die das Erfolgsrezept unserer Jungen Union Südbaden ausmacht.

Mit dieser Chronik blicken wir auf 70 Jahre politische Arbeit, vor allem aber auch auf 70 Jahre Freundschaft in der Jungen Union Südbaden zurück. Diese 70 Jahre sind uns Ansporn und Verpflichtung zugleich, die Erfolgsgeschichte Junge Union Südbaden gemeinsam weiterzuschreiben.

Herzliche Grüße,
Ihr/Euer



Yannick Bury (27) ist seit März 2016 Bezirksvorsitzender der Jungen Union Südbaden. Zuvor war er Orts- und Kreisvorsitzender im JU Kreisverband Emmendingen, sowie seit 2008 im Bezirksvorstand der JU Südbaden Bezirksgeschäftsführer und stellvertretender Bezirksvorsitzender. Yannick hat in Freiburg VWL studiert und arbeitet dort als Volkswirt an einem Wirtschaftsforschungsinstitut. Davor war er als Persönlicher Referent für unseren Europaabgeordneten Andreas Schwab tätig. Der JU Südbaden gibt er ein zunehmend europäisches und internationales Profil: Denn politisch liegt ihm neben einer tragfähigen Wirtschafts- und Finanzpolitik vor allem das Thema Europa am Herzen, für das er sich auch als Mitglied der Internationalen Kommission der JU Deutschlands, etwa im Rahmen der YEPP einsetzt.

1. Von der Jungen Union Baden zur JU Südbaden

„Wir Älteren halten nur mit Anspannung letzter Kraft die Positionen in der tiefen Sehnsucht, bald von einer reif gewordenen Jugend abgelöst zu werden.“

Leo Wohleb

Nicht lange nach dem Ende des zweiten Weltkriegs begannen Christen unterschiedlicher Konfessionen in allen Besatzungszonen sich zusammen zu schließen. Sie schickten sich an eine neue Partei zu gründen – die Christlich Demokratische Union.

Auch in Südbaden machte man sich daran eine überkonfessionelle christliche Partei zu gründen, die Badisch Christlich Soziale Volkspartei. Nach Ihrer Konstituierung am 20. Dezember 1945 in Freiburg und ihrer Zulassung am 31. Januar 1946 durch die französische Besatzungsbehörde wählte diese Leo Wohleb zu ihrem ersten Parteivorsitzenden, bald schon sollte dieser auch zum badischen Staatspräsidenten gewählt werden.

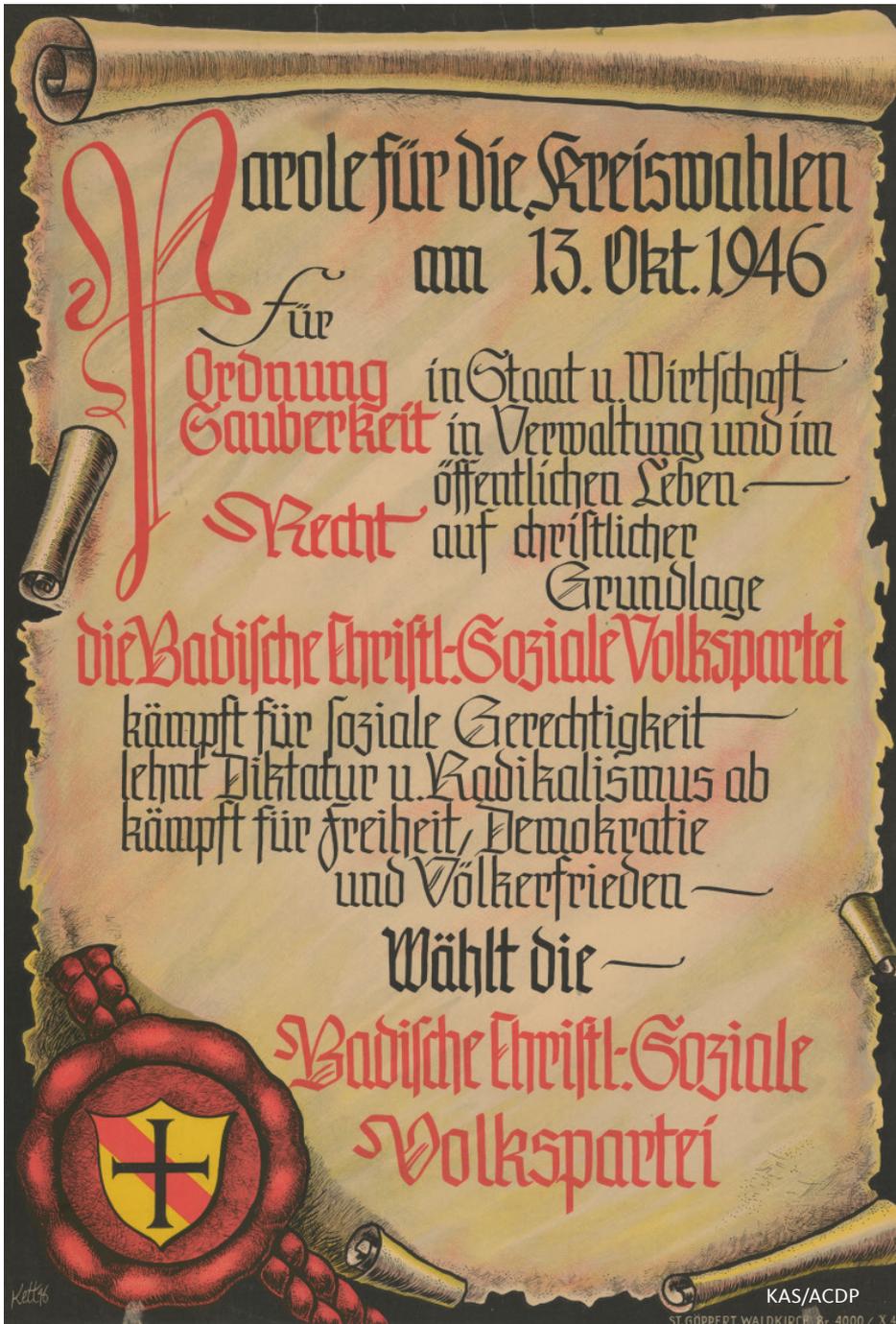
Die BCSV hatte jedoch, besonders im Auge der Jugend, ein großes Manko: Sie sah in ihrer Satzung keine Jugendorganisation vor. Lediglich ein Jugendbeirat wird installiert, welchem Hermann Müller aus Freiburg ab 1947 vorsteht.

Doch die Parteijugend in Südbaden möchte mehr: nach der Gründung der Jungen Union Deutschlands streben auch die jungen Christdemokraten im Süden ihre „Unabhängigkeit“ an und gründen wenig später, ganz zum Unwillen einiger in der Parteiführung, die Junge Union Baden. Ihr erster Vorsitzender, Dr. Alfons Kist, begrüßte den badischen Staatspräsidenten Wohleb bei der Gründungsveranstaltung kurz mit den Worten:

„Herr Staatspräsident, die Jugend pocht an ihre Tür!“

Das Verhältnis mit dem badischen Staatspräsidenten sollte nicht einfacher werden, doch 1951 ergeben sich neue Auseinandersetzungen: Für oder gegen einen Südweststaat? Die JU Baden ist zerrissen, während der neue, aus Bad Krozingen stammende Vorsitzende Herbert Hellmann, für ein eigenständiges Baden votiert, finden sich auch Stimmen die einen Südweststaat befürworten. Nach einer Volksabstimmung für einen gemeinsamen Südweststaat – in Südbaden votierten 63% dagegen – hörte das Land Baden am 17. Mai 1952 letztendlich auf zu existieren.

Dies bedeutete aber für die JU Baden nicht das Ende, sie bestand weiter als einer von vier Landesverbänden in einem gemeinsamen Bundesland. Das Verhältnis zu Mutterpartei, der CDU, bleibt nicht spannungsfrei. 1953 löst sich der Kreisverband Freiburg (vorübergehend) selbst auf, da er sich „nicht nur aufs Plakate kleben“ beschränken will.



DER
KENNER



WÄHLT DEN ALTEN

Ein großes Highlight in den 50er Jahren stellt zudem der Besuch Franz-Josef Strauß beim Landestag 1957 in Lörrach dar. Zu Beginn der 60er Jahre wird die Zusammenarbeit zwischen den vier bestehenden Landesverbänden in Baden-Württemberg vorangetrieben, in einer Vorsitzendenkonferenz der Jungen Union in Baden-Württemberg koordiniert man, mehr oder weniger erfolgreich, die gemeinsame Arbeit im Bundesland.

An die Spitze des provisorischen Landesvorstands wird Dr. Heiner Geißler gewählt. Eine besondere Prägung bekommt der Landesverband Südbaden im Jahr 1969, indem Dr. Wolfgang Schäuble zum neuen Landesvorsitzenden gewählt wird. Schäuble treibt den Zusammenschluss der JU als gemeinsamen Landesverband voran und so kann bereits im Februar 1970 ein konstituierender Landestag stattfinden – die JU Südbaden ist nun „nur“ noch ein Bezirksverband von Vieren in der JU Baden-Württemberg. Somit ist Wolfgang Schäuble letzter Landesvorsitzender der JU Baden und gleichzeitig erster Bezirksvorsitzender der JU Südbaden. Schäuble wird 1972 in den Bundestag gewählt, ein Mandat, das er bis heute bekleidet.

Nach der Wahlniederlage 1972 gibt Dr. Wolfgang Schäuble den Staffelfstab an Hans-Peter Repnik weiter, auf dem Bezirkstag wird von der Presse auch „Grimmiger Beifall für den Mann aus Rheinland-Pfalz“, Dr. Helmut Kohl, notiert.

1973 gewinnt und verliert die JU Südbaden durch die Verwaltungsreform Gebiete und JU-Freunde. Man verabschiedet sich von Freunden aus der Region Baden-Baden, Bühl und Rastatt und begrüßt Freunde aus Rottweil und Tuttlingen. Die JU Südbaden soll damit ihre geografische Form bis heute finden.

Das Jahr 1973 sieht für die JU noch zwei weitere besondere Ereignisse: Die Wahl Erwin Teufels, aus der JU kommend, zum CDU-Bezirksvorsitzenden sowie das Entstehen einer allgemeingültigen Landessatzung.

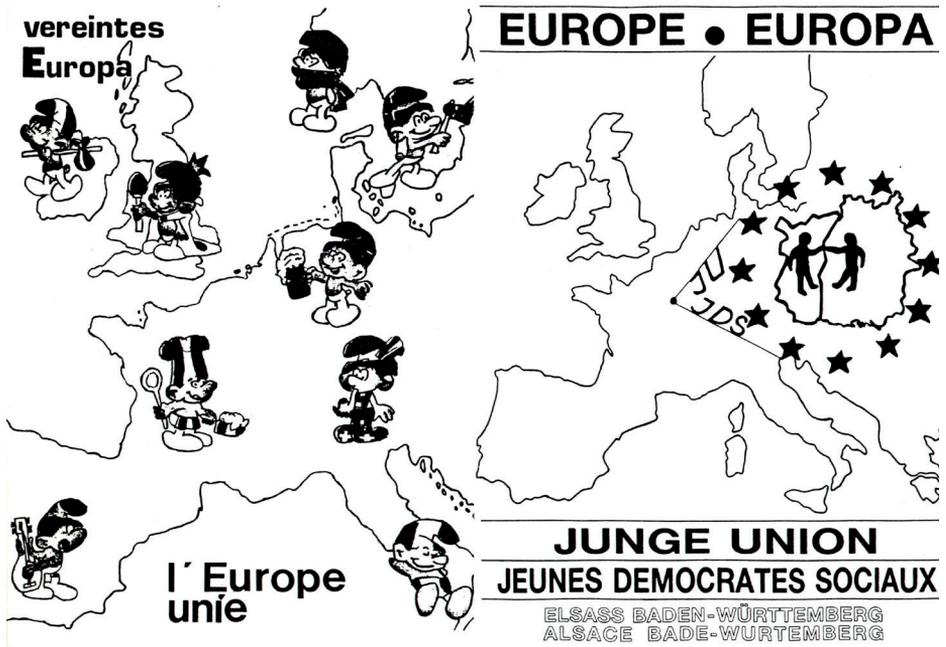
Es folgen für die JU Südbaden sehr inhaltsreiche Jahre, indem sich die Jugendorganisation in verschiedenen Themen als Vordenker für die Mutterpartei auszeichnet und etabliert. Diese Kerninhalte, welche die JU teilweise bis heute prägen, möchten wir im Folgenden vorstellen.

2. JU Südbaden als Meinungsführer

2.1 Europa – Herzkammer Südbaden

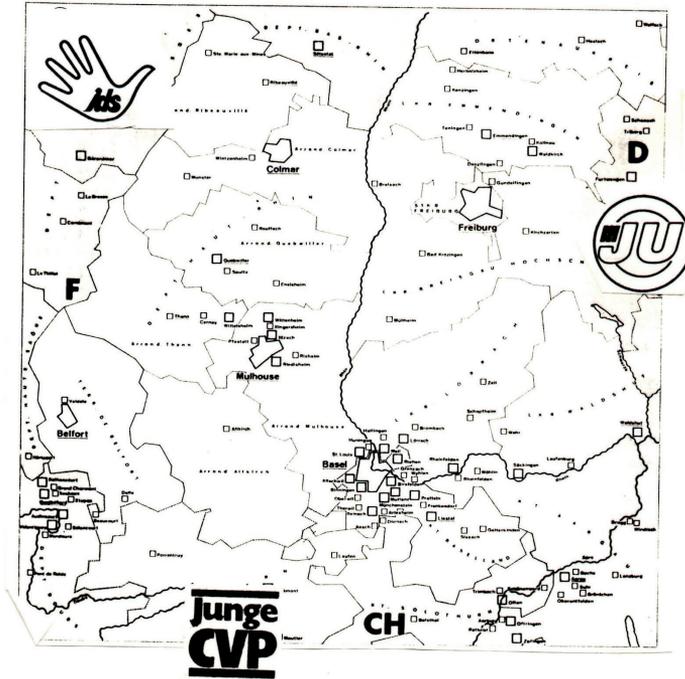
Die Europäische Union ist das größte, längste und mit Abstand beeindruckendste Friedensprojekt der Geschichte. Dieses Friedensprojekt nahm, auch in Südbaden, seinen Anfang. Es war hier, im Dreiländereck, in dem die Menschen - vorwiegend junge Menschen - die Schlagbäume an der französischen Grenze in Frage stellten. In Breisach am Rhein, der Grenzstadt im Südwesten die im zweiten Weltkrieg bis zu 90% zerstört worden war, sprach man sich in einer Bürgerbefragung 1950 mit über 95% der Stimmen für ein einiges und freies Europa aus. Breisach – in Südbaden – wurde damit die erste Europastadt, nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa!

Auch die Junge Union in Südbaden stellte das Thema Europa schon früh in den Mittelpunkt der politischen Aufmerksamkeit. Den Oberrhein als Grenzregion begriff die JU Südbaden immer als Chance, als Chance für eine grenzüberschreitende Freundschaft, Zusammenarbeit und Weg hin in ein friedliches und geeintes Europa. Grenzen gab und gibt es dabei für die JU in der Region weder auf dem Papier, noch in den Köpfen.





Alsace



Um die gemeinsame europäische Integration zu befördern legte man bereits früh Konzepte für eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit vor, diese sollte im Dreiländereck besonders durch eine Kooperation am Oberrhein gemeinsam mit Frankreich und der Schweiz befördert werden. Für die gemeinsame Zusammenarbeit und als Modell für Europa plante man unter anderem: Gemeinsame, grenzüberschreitende kommunale Zweckverbände, eine enge Verbindung der Verkehrsinfrastruktur auf der Straße, auf der Schiene aber auch in der Luft, Schutz der Grenzpendler durch ein europäisches Statut sowie eine enge Abstimmung in der Raumplanung.

Kritisch sah die Junge Union aber bereits das Thema Wirtschaft und Umwelt, ganz besonders den Bau grenznaher Atomkraftwerke.

Konkrete Forderungen brachte die JU Südbaden auch ein: Ein gemeinsames, grenzüberschreitendes Parlamentariergremium, verstärkte Städtepartnerschaften zwischen den Städten der Dreiländereck-Staaten und das Wahlrecht für alle EG-Bürger. Forderungen, 1976 aufgestellt, heute tatsächlich umgesetzt!

Aber die JU Südbaden blieb nicht nur bei Forderungen. Um mit gutem Beispiel voran zu gehen pflegte man bald den positiven Kontakt und gemeinsamen Austausch zu und mit den Partner-Jugendorganisationen in Frankreich sowie in der Schweiz. Diese starke Partnerschaft forderte bereits Ende der 70er Jahre eine stärkere europäische Integration und brachte eine Forderungsbroschüre in zweisprachiger Ausführung in den Umlauf. Auf Deutsch wie auf Französisch forderte man mit den französischen Partnern eine tiefere und schnellere Integration. Diese europäische Verflechtung sieht die JU Südbaden seither als Tradition, Verpflichtung aber auch als große Chance und wertvolles Privileg:

Auch heute pflegt die JU Südbaden einen ständigen Austausch mit unseren Partnerorganisationen, in Frankreich mit den „Les Jeunes Républicains“, sowie in der Schweiz, mit der JCVP. Regelmäßig finden gegenseitige Besuche und der inhaltliche Austausch statt, die Gemeinsamkeit auch im direkten Austausch ist noch immer Kernanliegen der JU Südbaden, der „Les Jeunes Républicains“ und der JCVP. Denn gerade nach vielen Integrationsschritten hin zu einem gemeinsamen Europa müssen diese Errungenschaften heute geschätzt und verteidigt werden. Das können wir nur gemeinsam. Die JU Südbaden wird, im schönen Dreiländereck, deshalb immer innerparteilicher Motor für eine europäische Integration, für einen gemeinsamen Ansatz und für Verständigung, Toleranz und Gemeinsamkeit in unserem Europa sein. Denn hier in Südbaden sieht man aus erster Hand was uns nicht trennt, sondern verbindet!

Diese „Europa-Verwurzelung“ zieht sich durch die Geschichte der Jungen Union wie ein roter Faden, im Juni 1979 forderte man deutlich: Mehr Integration, mehr Rechte für ein europäisches Parlament und mehr Engagement, insbesondere bei der Besetzung von europäischen Ämtern und Organisationen, mit wirklichem Spitzenpersonal. Noch vor Masstricht und Lissabon, wollte man in Südbaden eine deutliche Stärkung des neuen Europäischen Parlaments – es sollten eben nicht die Opas entsorgt, sondern Spitzenpersonal in Europa vertreten sein. Auch hier blieb die JU nicht tatenlos, neben erbaulichen Reimen (siehe Bild auf folgender Seite), sandte man mit Karl von Wogau einen Spitzenmann aus den eigenen Reihen in das erste direkt gewählte Europäische Parlament. Dort blieb er bis 2009 und bereitete mit seinem französischen Kollegen Jacques Moreau nicht zuletzt den Weg für den europäischen Binnenmarkt.

Auch hier beweist die JU Südbaden Kontinuität, so wurde Karl von Wogau 2009 von Dr. Andreas Schwab abgelöst. Mit Andreas Schwab bleibt somit ein JUlter/ehemaliger JUlter unsere fachlich hervorragende Vertretung in Europa. Dort kümmert er sich insbesondere um den Binnenmarkt und scheut sich auch nicht, im Wissen um den Rückhalt Zuhause und von seiner Jungen Union, mutig die Zerschlagung keines geringeren Unternehmens als dem Silicon Valley Riesen Google zu fordern!

Die JU Südbaden hatte und hat also eine starke Stimme in Europa. Wer in die JU Südbaden eintritt, sich in ihr engagiert und identifiziert, der hat Europa in Herz und Blut. Mit einem kurzen Weg ins Elsass, in die Schweizer Voralpen und der eigenen Region zwischen Kaiserstuhl und Hochschwarzwald ist die „Grenzregion Oberrhein“ nicht nur eine der schönsten Landschaften auf dem Kontinent, sondern ein Musterbeispiel für Gemeinsamkeit, Integration und europäische Mentalität. Die JU Südbaden steht zu Europa und einer gemeinsamen EU – gestern, heute und auch morgen!

JUNGE UNION FÜR EUROPA

● »Hast Du einen Opa - schick ihn nach Europa?«

→ Die Parteien machen von diesem Motto reichlich Gebrauch. Nicht so wir in der CDU-Südbaden :
Unser Kandidat **Karl v. Wogau (37)**
Unterstützen Sie unseren Kandidaten, der aus der JU kommt

● »Steckt Dir die Frühjahrs- und Europamüdigkeit in den Knochen?«

→ Wie wär's mit einem Spaziergang an die Wahlurne ?
am 10. Juni 1979.

→ Denn nur eine hohe Wahlbeteiligung bringt wieder Schwung in die Europapolitik.

● »Eine Lanze für das Ganze!«

→ Nur ein vereintes Europa

- kann der Rohstoffabhängigkeit und Umweltverschmutzung entgegenwirken
- kann die Arbeitsplätze und unseren wirtschaftlichen Wohlstand durch den gemeinsamen Markt der EG gewährleisten
- kann die Freiheit gegenüber dem kommunistischen Ostblock sichern

CDU mit der JUNGEN UNION in der
EUROPA

Freiheit hat Zukunft.



2.2 „Wir brauchen Mut für eine menschlichere Zukunft“ – von Jutebeuteln und Verschmutzungsrechten

„Die Badische Christlich-Soziale Volkspartei kämpft für soziale Gerechtigkeit, für Freiheit, Demokratie, Völkerfrieden“ – so war auf dem ersten christlich-demokratischen Wahlplakat in Südbaden nach dem Zweiten Weltkrieg zu lesen. Im Jahre 1946, als die freiheitlich-demokratische Grundordnung noch ein derart zartes Pflänzlein war, dass deutsche Demokraten und Besatzungsmächte gleichermaßen bangten, ob sie denn überhaupt eine Überlebenschance haben könnte – Deutschland hatte schließlich in der vergangenen Dekade die Welt in die Barbarei gestürzt –, war die Sehnsucht nach einer Zukunft in Freiheit und Wohlstand auch im Badischen groß unter den politisch engagierten Christen. Mit dem Wirtschaftswunder und dem Aufstieg Deutschlands zu einer der führenden Industrienationen mit wachsendem Wohlstand wandelte sich diese Sehnsucht in ein neues politisches Ziel – die „bessere Zukunft“, der sich die Politik verschrieben hatte bekam zwei neue Stoßrichtungen: die Wahrnehmung einer weltpolitischen Verantwortung für weniger wohlhabende Regionen und die Wahrnehmung immer drängenderer umwelt- und energiepolitischer Herausforderungen.

Das Schlüsselthema in Fragen der Nachhaltigkeit ist die Frage der richtigen Energiepolitik – Technologien wie die Verbrennungskraftmaschine haben die Menschheit von solaren Energieträgern emanzipiert, indem fossile Energieträger beinahe beliebige Mengen an Energie ortsunabhängig und präzise planbar zur Verfügung stellen können. Diese und ähnliche Innovationen haben für das menschliche Leben als Ganzes die Schranken der Natur in beinahe unbegreiflichem Maße erweitert. Die Folgen dieser Entwicklung stellen die Menschheit vor völlig neue Herausforderungen ganz unterschiedlicher Art und es ist eine existentielle Frage für unsere Art zu leben und langfristig unser Überleben, das wirtschaftliche Fortkommen unserer Gesellschaft auf ein Fundament erneuerbarer Energiequellen zu stellen.

Dass der Frage nach der richtigen Energieversorgung nicht erst seit der Diskussion um den Klimawandel eine besondere Brisanz innewohnt, zeigte sich Mitte der 1970er Jahre auch in Südbaden. 1973 starteten die Planungen für das Kernkraftwerk Wyhl am Kaiserstuhl. Nachdem mit dem Bau des ersten Reaktorblocks 1975 begonnen worden war, regte sich gegen die Planungen des zweiten heftiger Widerstand. Im Februar 1975 besetzten Bürgerinitiativen aus Protest das Baugelände. Den besonderen Hass der AKW-Gegner zog besonders Ministerpräsident Filbinger auf sich, der zugleich Vorsitzender des Aufsichtsrates der Betreibergesellschaft Badenwerk AG war. Die Junge Union Südbaden wurde in den folgenden Diskussionen innerhalb der Union zum Motor der Versachlichung der Diskussion und der Zurückhaltung in Fragen der Kernenergie und bezog dabei auch bewusst eine Position, die konträr zur Landes-CDU stand.

Dabei nahm sie über den landespolitischen Konflikt hinaus auch die Bundesregierung in die Pflicht, in deren Kompetenz Fragen der Energiepolitik letztlich fielen.

Im August 1975 formulierte sie einen Offenen Brief an Bundeskanzler Helmut Schmidt, um auf die mangelhafte Zusammenarbeit mit Frankreich und Schweiz hinzuweisen und Antworten zu verlangen, ob der Ausbau der Kernenergie überhaupt zu verantworten sei. Nachdem der Staatssekretär im Bundeskanzleramt Schüler im Auftrag des Bundeskanzlers die positive Haltung der Bundesregierung zum Thema Kernkraftwerke gegenüber der JU Südbaden bekräftigte, kritisierte der Bezirksvorstand die Haltung der Bundesregierung, die konträr auch zu jener der Landes-SPD stand und die kernenergiefreundliche Politik der CDU-Landesregierung deckte. Neben einem kleinen Scharmützel mit den baden-württembergischen Jusos brachte dieses Vorgehen auch die Unterstützung des JU-Landesverbandes für die Haltung der Jungen Union Südbaden ein.

In einem offenen Brief an den Bundeskanzler schildert Hans-Peter Repnik die Einwände der Jungen Union gegen das Energieprogramm der Bundesregierung und weist gleichzeitig auf die eigene Position hin.

„Drohende Kernkraftwerk-Massierung“

Junge Union Südbaden richtet offenen Brief an Bundeskanzler

Freiburg (gro) Der Bezirksverband Südbaden der Jungen Union will mit einem offenen Brief an Helmut Schmidt die Auffassung des Bundeskanzlers in Sachen Kernenergie erkunden. Sie fragt den Regierungschef, ob er an seinem Energieprogramm, das den forcierten Einsatz von Kernenergie vorsehe, festhalten wolle.

Außerdem will die CDU-Nachwuchsoption vom Bundeskanzler wissen, ob der Einsatz von Kernenergie für die Stromversorgung „überhaupt zu verantworten“ sei. Eventuell sei es vorteilhafter, entsprechende Planungen bis zu einem höheren Erfahrungsstand und einer besser beherrschbaren Technik zurückzustellen.

Die Entscheidung des Verwaltungsgeschichtshofes Mannheim über die Möglichkeit des sofortigen Baubeginns in Wyhl stehe unmittelbar bevor, heißt es in dem offenen Brief. Doch es gehe in den kommenden Monaten und Jahren nicht nur um Wyhl, sondern um „drei Dutzend

Wyhls“, wenn die Bundesregierung ihre Pläne verwirkliche, innerhalb von zehn Jahren fast die Hälfte des gesamten Stroms in Kernkraftwerken zu erzeugen. Die Bedenken der Jungen Union richteten sich im Prinzip nicht gegen den Bau eines Kernkraftwerkes in Wyhl, sondern vielmehr gegen die „drohende unkontrollierte Massierung“ von Kernkraftwerken im Dreiländereck.

Die bestehenden Kommissionen könnten nicht darüber hinwegtäuschen, daß von effektivem Zusammenwirken mit den Nachbarstaaten — nicht zuletzt durch Versäumnisse der Bundesregierung — nicht die Rede sein könne, erklärt der Bezirksverband. Der Bundeskanzler wird aufgefordert, die Initiative für Abmachungen mit Frankreich und der Schweiz zu ergreifen, um möglichen Gefahren für die Region am Hochrhein gemeinsam begegnen zu können.

Die Bevölkerung habe ein Recht darauf zu erfahren, wie der Kanzler zu diesen Problemen stehe, meint die Junge Union. Eine Stellungnahme wäre auch für seine eigene Partei nützlich, die bislang in Baden-Württemberg eine widersprüchliche Haltung zum Energieprogramm einnehme.

Die Jungsozialisten Baden-Würtbergs werteten den Brief der Jungen Union Südbaden als „weiteres Anzeichen für den Vertrauensverlust von Ministerpräsident Filbinger an der Basis seiner Partei“. Daß sich die Junge Union ausgerechnet an den Bundeskanzler wende, nachdem die ganze Kernkraftwerk-Misere „durch die Halsstarrigkeit der CDU-Landesregierung radikalisiert“ wurde, sei als deutliches Zeichen dafür zu werten, daß sich die JU „nur noch von einem SPD-Bundeskanzler Hilfe gegen einen CDU-Ministerpräsidenten erhofft“, heißt es in der Juso-Stellungnahme.

21. August 75

SÜDKURIER
Redaktionsbüro Freiburg
Friedrichring 16-18, Tel. 3 10 91/52.

5. Schritt: Während die Bundesregierung betont sachlich antwortete, reagierten die JUSOS auf unseren Brief an den Kanzler in ihrer Wahlkampfzeitung so:

Verzweiflung über die CDU - Junge Union wendet sich an Helmut Schmidt!

Am 13. März 1975 schrieb der Landesvorsitzende der Jungsozialisten, Ivo Gönner, einen Brief an die Vorsitzenden der Jungdemokraten und der Jungen Union. In diesem Brief forderte er die anderen Jugendorganisationen auf, eine gemeinsame Diskussion mit den betroffenen Bürgern von Wyhl und Umgebung zu führen. Wörtlich hieß es in dem Brief: „Wyhl wie die Umgebung ist zum Exerzierfeld eines Versuches geworden, ein Kernkraftwerk im Handstreichverfahren aus dem Boden zu stampfen. Mit staatlicher Machtdemonstration wurde all das der Unglaubwürdigkeit ausgesetzt, was jahrelang von allen Bürgern gefordert wurde, nämlich umweltfreundliches Denken und Handeln. Der Satz von Ministerpräsident Filbinger (CDU), daß ohne den Bau von Kernkraftwerken anfangs der 80er Jahre die ersten Lichter ausgehen werden, unterstreicht die plumpe und angstmacherische Art des Vorgehens der Landesregierung. Dieser Satz macht aber auch deutlich, daß die Energieplanung von heute die Umwelt im weitesten Sinn von morgen prägt. Deshalb ist es gerade Aufgabe der Jugend des Landes, sich zu der Gestaltung ihrer zukünftigen Umwelt zu äußern.“

Während der Landesvorsitzende der Jungdemokraten seine Bereitschaft zur Diskussion erklärte, warten der Juso-Landesvorstand, die Bürger von Wyhl und die Jugend des Landes Baden-Württemberg bis heute auf eine Stellungnahme der Jungen Union. Immer wenn es um eine Auseinandersetzung im direkten Gespräch geht, kneift die Junge Union. Sie scheut sich, meist aus Mangel an Fachwissen, vor einer Diskussion mit den Jungsozialisten. Wir sagen: Das Schweigen der Jungen Union ist Antwort genug. In diesem speziellen Fall hatte die Junge Union Gründe für ihr Schweigen. Wo sich die Karrierestannachwuchsorganisation der CDU Hilfe verspricht, zeigen die folgenden Meldungen:

Freiburg, 20. August 1975 dpa/lsw
eine „drohende unkontrollierte Massierung“ von Kernkraftwerken im deutsch-schweizerisch-französischen Dreiländereck befürchtet die Junge Union Südbaden. In einem offenen Brief an Bundeskanzler Helmut Schmidt fordert die JU die Bundesregierung auf, Initiativen zur Koordination der Kernkraftwerksplanung mit den Nachbarstaaten zu ergreifen.

Außerdem will die CDU-Nachwuchsorganisation vom Bundeskanzler wissen, ob der Einsatz von Kernenergie für die Stromversorgung „überhaupt zu verantworten“ sei. Eventuell sei es vorteilhafter, einer besser beherrschbaren Technik zurückzustellen.

Stoßgebet der Jungen Union: Ach du lieber Schmidt, hilf!

Zu dpa/lsw 016 (Junge Union: drohende Kernkraftwerksmassierung — Freiburg/1057) Jusos: **SPD-Bundeskanzler soll gegen CDU-Ministerpräsidenten helfen.** Die Jungsozialisten Baden-Württembergs werteten den Brief der Jungen Union Südbaden an Bundeskanzler Schmidt als „weiteres Anzeichen für den Vertrauensverlust von Ministerpräsident Filbinger an der Basis seiner Partei“. Daß sich die Junge Union ausgerechnet an den Bundeskanzler wende, nachdem die ganze Kernkraftwerkmisere „durch die Halsstarrigkeit der CDU-Landesregierung radikalisiert“ wurde, sei als deutliches Zeichen dafür zu werten, daß sich die JU „nur noch von einem SPD-Bundeskanzler Hilfe gegen einen CDU-Ministerpräsidenten erhofft“, heißt es in der Juso-Stellungnahme.

(Beachte Anmerkung auf der nächsten Seite)

Nach der Genehmigung des AKWs durch ein Urteil des Verwaltungsgerichtshofes Mannheim fordert die Junge Union Südbaden auf, die Debatten zu versachlichen: Die Bürgerinitiativen sollten das besetzte Baugelände räumen und Ministerpräsident Filbinger als emotionale Schlüsselfigur der Debatte seinen Posten als Aufsichtsratsvorsitzender der Badenwerk AG, der Betreibergesellschaft des AKW Wyhl, niederlegen. Außerdem sollten trotz des juristisch freigegeben Bauvorhabens vor Baubeginn weitere Gutachten abgewartet werden. Am 23. Oktober 1975 trat Ministerpräsident Filbinger vom Aufsichtsratsvorsitz der Badenwerk AG zurück.

Die Debatte um die Kernenergie war über den Fall Wyhl hinaus im Zuge der Energiekrise von 1973/74 entstanden. In der Folge hatten die Regierungen der Industrieländer zunehmend auf den massiven Ausbau der Kernenergie als sichere, emissionsfreie und leistungsfähige Alternative zu fossilen Energieträgern gesetzt. Dies rief massiven Widerstand von Bürgerinitiativen gegen intransparente Planungsverfahren und aus Sorge um mögliche Umweltbelastungen hervor. Die südbadische JU arbeitete nach dem Fall Wyhl ihre Linie in der Kernenergie weiter aus. Die entscheidenden Forderungen waren dabei die Rückführung des ungebremsten Ausbaus auf das absolut notwendige Mindestmaß und stattdessen eine klare Priorität auf Erforschung und Weiterentwicklung der Kernenergie. Darüber hinaus sollte eine dauerhafte Koordination der Energie- und Wirtschaftspolitik im Dreiländereck zwischen der Bundesrepublik, Frankreich und der Schweiz erfolgen, unter anderem um eine unkontrollierte Massierung von AKWs am Oberrhein zu verhindern. Forderungen nach einem europäisch koordinierten Vorgehen gegen Emissionen aus konventionellen Energiequellen, nach Anreizen zur Einsparung von Energie, etwa durch die Förderung der Wärmedämmung und der Nutzung von Abwärme für Fernheizungssysteme, sowie nach der Einbeziehung potentiell Betroffener in die Planung und oberste Priorität auf die Weiterentwicklung der Reaktorsicherheit komplettierten das energiepolitische Konzept der JU Südbaden.

In Sachen europäischer Koordination der Energiepolitik ging die JU Südbaden mit gutem Beispiel voran: In gemeinsamen Diskussionen um die zukünftige Energiepolitik mit der schweizerischen JCVP wurde festgestellt, dass beide Nationen in hohem Maße von fossilen Energieträgern abhängig waren. Als gemeinsame Linie wurde beschlossen, dass die Forschung auf langfristige Lösungen der Energieproblematik durch regenerative Energien zu fokussieren sei, dass die Kernenergie als mittelfristige Lösung gegen die Importabhängigkeit im Energiebereich sinnvoll sei, dass dabei aber mit äußerster Zurückhaltung zu Werke gegangen werden soll, solange beim Stand der Technik die Risiken nicht in ausreichendem Maße kontrollierbar seien. Die CDU Südbaden hat in der Folge diese Konzeption der Jungen Union größtenteils übernommen. Die JU Südbaden hat auch im weiteren Verlauf die Landesregierung immer wieder wegen ihres wenig motivierten Vorgehens in Richtung dieses Ansatzes kritisiert, der sich auf die Formel Forschung, Effizienz, Europa bringen lässt. Damit hat sich die JU Südbaden ein energiepolitisches Profil erarbeitet, das auch im Lichte aktueller Debatten unter veränderten Vorzeichen noch als sinnvoll und geboten gelten darf.

Auf den Bezirkstagen 1979/80 widmete sich die dann ausführlich wachstumskritischen Politikkonzepten, denn Technik- und Fortschrittgläubigkeit schienen keine langfristig tragfähigen Grundlagen mehr für die Politik zu sein. Die Lehre der 1970er Jahre sah man darin, dass das materialistische Leistungsprinzip sich vom gesellschaftlichen Zusammenhalt gelöst hatte. Die eigene Gegenwart wurde als Zeit sozialer Kälte und hemmungsloser Ausbeutung der natürlichen Ressourcen wahrgenommen. Aufgrund der faktischen Knappheit der natürlichen Ressourcen entstand die Forderung, dass eine neuer Geist in die Gesellschaft Einzug halten müsse, um nicht die Lebensgrundlage zukünftiger Generationen zu zerstören. In ebendieser Notwendigkeit erkannte die Junge Union Südbaden zugleich ein Potential zur Lösung der gesellschaftlichen Sinnkrise, denn eine Abkehr von der Wegwerf-Mentalität würde zwangsläufig die Suche nach neuen Formen des Teilens und des Zusammenlebens initiieren. Die globale soziale Frage und die Umweltfrage präsentierten sich zwar als die großen Fragen wenigstens einer ganzen Generation, zugleich wurden sie aber mit dem konkreten Alltag jedes Einzelnen verknüpft. Ressourcenschonendes Verhalten etwa würde nicht nur einfach staatlich verordnet werden können, sondern den Willen in jedem Einzelnen schaffen müssen, Kaputtbes zu reparieren und Funktionsfähiges so lange wie möglich zu benutzen. Nur wenn die einzelnen Menschen durch ihr verändertes Verhalten eine veränderte Nachfrage schafften, wäre auch eine Anpassung der globalen Produktion hin zu fairen und umweltverträglichen Produktionsbedingungen möglich. Auch ordnungspolitische Maßnahmen, wie die Internalisierung von Kosten für die Umweltbelastung durch Verschmutzungsrechte wurde bereits gefordert – 2005 wurde mit dem Emissionsrechtehandel der Europäischen Union ein Teil dieser Idee Realität.

IV. Wir brauchen eine Neubestimmung

Wir müssen die Grenzen unserer Möglichkeiten erkennen. Wir dürfen unser Leben nicht nur am Maßstab des Materiellen ausrichten und auf der Ausbeutung und Vernichtung der Natur aufbauen.

Wir müssen umdenken und unseren Lebensstil ändern

Der Mensch und sein Streben nach Freiheit muß im Mittelpunkt aller Bemühungen stehen. Wir brauchen einen menschlichen Maßstab für die Zukunft, für wirtschaftliches Wachstum und technischen Fortschritt. Wir können aber aus der Welt, wie wir sie vorfinden, nicht einfach aussteigen. Wir können auch die Entwicklung nicht anhalten oder gar zurück-schrauben. Wir können dem Wachstum und dem Fortschritt aber eine neue Richtung, eine neue Qualität geben.

In Zukunft muß nicht der Mensch seine Fortschrittlichkeit beweisen, sondern der Fortschritt seinen Beitrag zu mehr Menschlichkeit.

V. Wir brauchen Mut für eine menschlichere Zukunft

Wir brauchen Hoffnung auf eine menschlichere Zukunft nicht aufzugeben, wenn wir den Mut aufbringen, einen neuen Weg einzuschlagen.

1. Wir brauchen Mut zum Teilen

Es darf nicht länger so sein, daß viele auf die Ausweitung ihres eigenen Freiheitsraumes bedacht sind, ohne Rücksicht auf andere zu nehmen. Anerkennung in der Gemeinschaft und Unabhängigkeit kann man sich letztlich nicht allein erwerben. Beides wird in dem Maße verwirklicht, in dem jeder den anderen anerkennt und unabhängig sein läßt. Wir müssen lernen, unseren Besitz und unser Wissen mit allen Menschen zu teilen, die aus eigener Kraft der Unfreiheit nicht entrinnen können.

Wir müssen aber auch lernen, von anderen Menschen etwas anzunehmen. Die Völker anderer Länder können uns manche Impulse zu mehr Menschlichkeit vermitteln.

2. Wir brauchen Mut zum Verzicht

Wir dürfen nicht länger alles tun, was uns möglich ist. Wir müssen ausbrechen aus dem Kreislauf „Nehmen – Verbrauchen – Wegwerfen“. Vor allem müssen wir aufhören, die Natur auszubeuten und damit die Lebensgrundlagen für zukünftige Generationen zu zerstören.

Wir müssen Abschied nehmen von unserer Verschwendungssucht.

Wir müssen lernen, durch einen einfachen Lebensstil Raum für mehr Menschlichkeit zu gewinnen.

3. Wir brauchen Mut zur Phantasie

Auch mit eingeschränkten Mitteln läßt sich ein sinnvolles Leben führen. Die Erkenntnisse natürlicher Wachstumsgrenzen kann uns sogar neue Möglichkeiten der Selbstverwirklichung eröffnen, indem sie unseren Erfindergeist herausfordern.

4. Wir brauchen Mut zur Verantwortung

Wir dürfen die Entwicklung nicht treiben lassen. Der einzelne, aber auch die Gesellschaft muß bereit sein, Verantwortung zu übernehmen und sich besonders um die Schwachen in unserer Gesellschaft und in anderen Ländern zu kümmern und den kommenden Generationen ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen.

5. Wir brauchen Mut zur Bescheidenheit

Wir müssen wegkommen von unserer Großmannsucht. Wir müssen die Begrenztheit unseres Tuns und unserer Einsichten erkennen. Deshalb dürfen wir auch für unsere Meinung keine unumschränkte Gültigkeit beanspruchen.

6. Wir brauchen Mut zur Betroffenheit

Wir dürfen uns nicht länger abtunpfen lassen durch die Schreckensmeldungen aus aller Welt. Wir müssen betroffen sein von der Not bei uns und anderswo. Aus der Betroffenheit an der Ungerechtigkeit muß die Kraft zu ihrer Beseitigung wachsen.

VI. Jeder muß bei sich selbst anfangen

Um eine Neubestimmung einzuleiten, ist es in erster Linie notwendig, bei sich selbst anzufangen und nicht nur Forderungen an die Allgemeinheit zu richten. Jeder einzelne muß in seinem und jede Gruppe in ihrem unmittelbaren Wirkungsbereich damit beginnen, ● mehr Mitleidenschaft zu schaffen und ● im Einklang mit der Natur zu leben.

Die Junge Union Südbaden wird sich daher für jede Amtsperiode konkrete Schritte für diese beiden Bereiche vornehmen. Auf den Bezirkstagen wird darüber jeweils gesondert Rechenschaft abgelegt.

VII. Wir brauchen eine neue Politik

Die Junge Union Südbaden will ihre Politik an folgenden Zielvorstellungen ausrichten:

1. Politik muß Rahmenbedingungen für menschlicheres Zusammenleben schaffen. Der zunehmende Entfremdung der Menschen untereinander muß entgegengetreten werden. Gerade das Verständnis für die Benachteiligten muß das Anliegen jedes einzelnen Menschen sein. Der Ruf nach dem Staat und nach berufsmäßigen Helfern schafft nicht menschliche Nähe, sondern Distanz und neue Abhängigkeiten. Die Neue Soziale Frage muß weitgehend ohne eine Steigerung des staatlichen Gesamtaufwandes gelöst werden. Es muß das Ziel sein, auch bei der Sozialen Frage verstärkt das Subsidiaritätsprinzip wieder in den Vordergrund zu stellen.

2. Durch eine spürbare Erhöhung des Entwicklungshilfe-Etats muß ein deutliches Zeichen gesetzt werden. Auch in der Entwicklungspolitik kommt es darauf an, wo immer es möglich ist, einen persönlichen Bezug zwischen Gebenden und Nehmenden herzustellen. Deshalb hat die Entwicklungshilfe in freier Trägerschaft eine besondere Bedeutung. Die Achtung vor dem Menschen der Dritten und Vierten Welt soll die Grundlage der Entwicklungshilfe sein. Vordringliches Ziel der Entwicklungspolitik ist die Befriedigung der Grundbedürfnisse: Nahrung, Gesundheit, Wohnung, Bildung, Arbeit und Freizeit. Damit muß auch ein Beitrag zur Verwirklichung der Menschenrechte geleistet werden. Entwicklungshilfe muß Hilfe zur Selbsthilfe sein, d.h. die betroffenen Menschen müssen in die Lage versetzt werden, die Lösung ihrer Probleme möglichst selbst selbst in die Hand zu nehmen. Die Junge Union bekennet sich zur Idee der sozialen Marktwirtschaft auch für die Gestaltung der Weltwirtschaftsordnung.

Es muß aber geprüft werden, ob für eine begrenzte Übergangszeit ein integriertes Rohstoffprogramm geeignet ist, eine gerechtere Verteilung der immer knapper werdenden Rohstoffe zu erreichen und den armen Ländern den Aufbau wetbewerbsfähiger Strukturen zu ermöglichen. Langfristig ist in jedem Fall eine Verteilung der Rohstoffe über den Markt anzustreben. Dabei müssen aber Rahmenbedingungen geschaffen werden, um die wirtschaftsschwachen Länder nicht zu benachteiligen.

3. Das Leben und der soziale Friede in unserer hochtechnisierten Gesellschaft ist in besonderem Maße von einer ausreichenden Energieversorgung abhängig. Diese Abhängigkeit muß vermindert werden, zumal die Rohstoffvorräte auf der Erde zur Neige gehen.

Dies kann nicht von heute auf morgen bewerkstelligt werden, sondern nur in einem allmählichen Strukturwandel, der uns Kraft und Anstrengung abverlangt. Zur Verminderung der Energieabhängigkeit sollte der Staat vor allem Rahmenbedingungen setzen und Impulse geben.

Folgende Maßnahmen sind erforderlich:

- Energie-Sparen** kann vor allem durch eine entsprechende Preisgestaltung gefördert werden. Das bedeutet, daß Preissteigerungen aufgrund von Energieknappheit nicht durch staatliche Maßnahmen unterlaufen werden dürfen. Außerdem muß gewährleistet sein, daß derjenige, der mehr Energie verbraucht, auch entsprechend mehr dafür bezahlt. Soziale Härten, die durch hohe Energiepreise entstehen, müssen im Rahmen der Sozialpolitik (z. B. Heizkostenzuschuß) ausgeglichen werden.
 - Rationelle Energieverwendung** wird durch Vorkehrungen zur Wärmedämmung u.ä. ermöglicht.
 - Durch die Entwicklung von **Energiekennzahlen** und verstärkte **Energieberatung** kann das Bewußtsein für einen verantwortungsvollen Energieverbrauch gestärkt werden.
 - Der **Einsatz erneuerbarer Energiequellen** (Sonnenenergie usw.) erfordert für eine begrenzte Anlaufzeit finanzielle Anreize in Form von steuerlichen Erleichterungen und Zuschüssen zu den Investitionskosten. Eine verstärkte Beratung der Anwender hat vor allem durch nichtstaatliche Einrichtungen zu erfolgen. Außerdem ist eine aufgeschlossene Haltung der Genehmigungsbehörden notwendig.
 - Vordringliche Aufgabe des Staates ist es, die **Forschung und Ausbildung** auf diesem Gebiet zu fördern. Im Mittelpunkt stehen dabei die Entwicklungen neuer Technologien der Energieerzeugung, energiesparende Produktionsverfahren für die Industrie und Möglichkeiten der Energiespeicherung.
 - Es muß gewährleistet werden, daß private Stromerzeuger ihre überschüssige Energie in das Stromnetz einspeisen können.
 - Die Beteiligung des Staates an den Energieversorgungsunternehmen muß schrittweise abgebaut werden. Besonders die Verflechtung zwischen Genehmigungsbehörden und Behörden, die die staatlichen Beteiligungsrechte ausüben, führt zu erheblichen Verzerrungen auf dem Markt.
 - Das bisherige Ziel der Unternehmen durch den Einsatz energieerzeugender Technologien Arbeitskräfte zu sparen, muß im Ansatz auf seine Umweltverträglichkeit überprüft werden. Das künftige Ziel der Rationalisierung muß die Einsparung von Energie und nicht von Arbeitskräften sein. Durch solche Rationalisierungsinvestitionen zur Einsparung von Energie könnten die Unternehmen Gewinne machen, ohne Arbeitskräfte entlassen zu müssen.
4. Trotz aller Anstrengungen beim Energieparen ist weltweit mit einem zunehmenden Energieverbrauch zu rechnen, vor allem, weil die Entwicklungsländer einen großen Nachholbedarf haben. Auf diesem Gebiet werden heute die Entscheidungen getroffen, die in 20 bis 30 Jahren wirksam werden. Unsere Politik sichert oder entzieht also die Lebensgrundlagen für die nächste Generation. Die Entscheidung wird erschwert durch die Risiken, die damit verbunden sind:
- Gefahren der Kernenergie;
 - politische Erpressbarkeit durch Heizkraftwerke;
 - nationale und internationale Konflikte bei zusammenbrechender Energieversorgung. Die Vorstellung von einer größeren sozialen Gerechtigkeit auf der ganzen Erde ist ohne ausreichende Energieversorgung ein unrealistisches Ziel. Gegenüber den anderen Risiken

halten wir deshalb den zurückhaltenden Einsatz der Kernenergie für ein vertretbares Wagnis, das wir auf uns nehmen müssen. Durch den Vorrang von Sicherheitsmaßnahmen soll unsere Gefährdung möglichst klein gehalten werden. Außerdem ist die Entwicklung neuer Formen der Energieerzeugung mit oder ohne Kerntechnik notwendig, da für die gegenwärtigen Reaktortypen die Rohstoffvorräte bald erschöpft sind.

VIII. Die Soziale Marktwirtschaft ermöglicht eine menschliche Zukunft

In einer Gesellschaft, in der der Mensch Maßstab ist, wird dem Menschen Freiheit ermöglicht und muß die Natur als Lebensgrundlage geschätzt werden. Dafür bietet die Soziale Marktwirtschaft die besten Voraussetzungen. Durch den Wettbewerb auf den Märkten hat der einzelne einen größtmöglichen Entfaltungsräum, um seine Lebensvorstellungen zu verwirklichen. Die Rahmenbedingungen und Regeln, die der Staat für das Marktgeschehen vorgibt, müssen zum Ziel haben, den Wettbewerb zu stärken, Leistungsanreize zu bieten und soziale Gerechtigkeit zu schaffen. Die Soziale Marktwirtschaft ermöglicht es, daß notwendige gesellschaftliche Veränderungen nicht erst durch staatliche Maßnahmen bewirkt werden müssen. Jeder einzelne kann vielmehr durch ein entsprechendes Verhalten zu einem allgemeinen Strukturwandel beitragen. Zur Stärkung der Sozialen Marktwirtschaft halten wir für notwendig:

- Das **Subsidiaritätsprinzip** muß konsequent durchgesetzt werden. Wichtigste Aufgabe einer zukunftsorientierten Ordnungspolitik ist es, den Entscheidungsspielraum für künftige Generationen nicht weiter einzuzengen, sondern wo möglich zu vergrößern. Grundlegend dafür ist die konsequente Durchsetzung des Subsidiaritätsprinzips: Alle Aufgaben sind auf der untersten Ebene zu erledigen und erst dann einer höheren Organisationsstufe zuzuwenden, wenn sie sonst nicht sinnvoll erfüllt werden können. Daher muß dem Drang zur steigenden Zentralisierung und Konzentration vieler Bereiche entgegengekört werden. Überall, wo dies möglich ist, sind überschaubare Lebensräume zu erhalten bzw. zu schaffen.
- Umweltschutz** muß ein grundlegendes Ziel der Wirtschaftspolitik sein. Die bisherigen Ziele der Wirtschaftspolitik haben die zentralen Fragen des Umweltschutzes zu kurz kommen lassen. Schäden wurden notdürftig repariert, aber nicht im Ansatz verhindert. Die Endlichkeit der Natur, die Verletzlichkeit von Umwelt und Landschaft sowie das Lebensrecht von Tieren und Pflanzen muß auch in der Wirtschaftspolitik anerkannt und berücksichtigt werden. Deshalb treten wir dafür ein, daß der Schutz unserer Umwelt als grundlegendes Ziel der Wirtschaftspolitik angestrebt wird. Ein gangbarer Weg, um ein größeres Umweltbewußtsein zu fördern, könnte auch die Versteigerung von sogenannten „Verschmutzungsrechten“ sein. Auf diese Weise würde die produktionsbedingte Umweltbelastung in einer eindeutig bestimmten und kalkulierbaren Geldgröße zum Ausdruck gebracht.
- Das **Produktionsvermögen** muß breiter gestreut werden. Die bisherige Fixierung der Tarifpartner auf eine an den Wachstumsraten des Brutto-sozialprodukts oder einzelner Wirtschaftsbranchen orientierten Lohnpolitik muß neu überdacht werden: Die Junge Union fordert die Tarifpartner und die Parteien auf, endlich in der Einkommenspolitik initiativ zu werden. Durch eine breitere Streuung des Produktivvermögens könnte den Arbeitnehmern nicht nur mehr Sicherheit und damit mehr Lebensqualität verschafft, sondern auch der zunehmende Konzentrationsprozeß in der deutschen Wirtschaft aufgehalten werden.

Anhang

Anregungen für kleine Schritte in Richtung eines Lebensstils für die Zukunft.

Vorbemerkung

Der nachfolgende Katalog ist eine Zusammenstellung aus Unterlagen der Katholischen Jungen Gemeinde (KJG), MISERICORDIA und BROUT FÜR DIE WELT. Der Bezirkstag der Jungen Union Südbaden hat über die einzelnen Punkte nicht abgestimmt. Es ist keine Rezeptsammlung, die unkritisch zu übernehmen ist. Die Liste soll vielmehr dazu dienen, daß jeder überlegen kann, was ihm persönlich möglich ist, um mit kleinen Schritten in eine menschlichere Zukunft zu beginnen. Deshalb wurde auch bewußt nicht versucht, Ungeheimheiten und fragwürdige Vorschläge auszumerzen. Es kommt eben darauf an, sich über den Sinn aller Maßnahmen im klaren zu sein, sonst wird alternatives Leben genauso zum Selbstzweck wie das Streben nach materiellem Wohlstand. Vielleicht bietet die Zusammenstellung auch Anregungen, weitere Möglichkeiten zu erarbeiten. Dies gilt vor allem für den Bereich „Mitmenschlichkeit“, da hierfür nicht so leicht etwas zu finden war wie für technische Maßnahmen (z. B. Energieparen). Für entsprechende Vorschläge sind wir sehr dankbar.

1. Rohstoffe

- Holz**
 - Altpapier sammeln und zur Wiederverwertung geben
 - Umweltpapier benutzen (siehe Mitteilungsbblatt)
- Öl**
 - als Energiequelle
 - weniger Auto fahren (zu Fuß gehen, Fahrrad fahren, öffentliche Verkehrsmittel benutzen, Fahrgemeinschaften bilden)
 - Auto nicht voll austahren
 - freiwilliger autofreier Sonntag
- als Rohstoff**
 - keine Plastiktüten verwenden
 - möglichst keine Ware in Plastikverpackung kaufen (besonders: Plastikflaschen)
 - keine Getränke in Dosen kaufen
 - frisches Obst und Gemüse statt Konserven kaufen
 - Metalle gegebenenfalls der Wiederverwertung zuführen

Bereit sein, für Rohstoffe mehr zu bezahlen.

2. Energie (besonders Strom)

- Heizung auf 18 - 19° C Zimmertemperatur stellen
- Strom sparen (z. B. weniger Licht; nur volle Waschmaschine in Gang setzen; gemeinsam kochen)
- weniger Elektrogeräte (z. B. Geschirrspülmaschine, Dosenöffner)
- bessere Wärmeisolierung
- Treppensteinen statt Fahrstuhl fahren
- alternative Energiequellen nutzen (Sonnenenergie, Erdwärme usw.)

3. Umweltverschmutzung

- Wasser**
 - Wasser sparen
 - Waschmittelmenge nach Härtegrad des Wassers messen
 - biologisch abbaubare Waschmittel verwenden
 - wenig Putz- und Spülmittel verwenden

- weniger Kosmetika verwenden
 - möglichst wenig farbiges Papier verwenden
- Müll**
 - Müll wenn möglich sortieren (Komposthaufen, Tierfütterung, Glas, Papier, Metall)
 - Glas, Papier, Metall zur Wiederverwertung geben
 - Abfälle in den Mülleimer (nicht in Toilette, Fluß, Landschaft)
 - keine Einwegflaschen kaufen
 - Sonstiges**
 - keine Spraydosen mit Treibgas verwenden

4. Dritte Welt

- Einkauf im Dritte-Welt-Laden (Tee, Kaffee, Gewürze, Geschenke)
- „Jute statt Plastik“-Tasche verwenden
- Entwicklungshilfeprojekt finanziell unterstützen
- Kontakte mit ehemaligen Entwicklungshelfern und Studenten aus der Dritten Welt pflegen
- Briefkontakt mit aktiven Entwicklungshelfern
- Bräuche aus Ländern der Dritten Welt nachvollziehen (z. B. Eßgewohnheiten)

5. Persönliche Lebensführung

- Kleidung länger tragen, ausbessern
- Gebrauchsgegenstände länger nutzen, reparieren (Auto, Küchengeräte, Möbel, Radio usw.)
- TV, Fernseher, Zeitungen, Zeitschriften, Bücher gemeinsam benutzen (einander leihen, tauschen)
- einfaches Essen, weniger essen
- keine Essensreste wegwerfen, sondern aufwärmen oder als Tierfutter verwenden
- keine aufwendige (teure) Kleidung (viel Luxus), sondern zweckmäßige Lebensführung
- Verzicht bzw. Einschränkung des Genusses von Tabak und Alkohol, sowie Aufputsch- und Beruhigungsmitteln.

6. Mensch

- Streß vermeiden
- kreativ sein, spielen
- Gemeinschaft suchen, Gemeinschaft schaffen
- Nachbarschaftshilfe
- Engagement für Randgruppen (Gastarbeiter, Alte, Behinderte usw.)
- mehr miteinander, weniger übereinander reden

2.3. Die Erde – geteilt! Entwicklungspolitik aus Südbaden

Vordenken ist in Südbaden schon immer eine gepflegte Tradition – so auch im Bereich der Entwicklungspolitik. Erst seit 1993 trägt das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit auch den Zusatz „und Entwicklung“. Die JU Südbaden hat die Entwicklungshilfe jedoch viel früher als zentralen Politikbereich entdeckt und diesen auch inhaltlich besetzt.

Schon in den 70er Jahren hat man sich also in Südbaden, maßgeblich vorangetrieben vom damaligen Bezirksvorsitzenden Hans-Peter Repnik, um die Situation der sogenannten „3. Welt“, beziehungsweise den Entwicklungsländern, Gedanken gemacht. Dazu hat man nicht nur inhaltliche Thesenpapiere verfasst sondern auch durchaus aufrüttelndes Bildmaterial zusammengetragen und als Flugblattentwurf entwickelt. Die zentralen Themen waren schon damals die Überbevölkerung der Erde, Hungersnöte sowie die Notwendigkeit von Bildung und Arbeit. Klar war auch: die westliche Industriegesellschaft in Deutschland kann nicht nur durch seichte Appelle auf das Thema aufmerksam gemacht werden, es brauchte einen Ohröffner.

In allen Ecken klemmt's !!

Hunger

Schulden

Entwicklungspolitik
3. Welt

Überbevölkerung

Bildung

Arbeitslosigkeit

Der JU in Südbaden war klar: Die Welt ist in West und Ost geteilt. Der Kalte Krieg, die deutsche Teilung und der Konflikt zwischen Warschauer Pakt und NATO sollten noch lange nicht zu Ende sein. Dazu identifizierte die JU aber noch eine weitere Teilung, die Teilung der Welt am „Schnitt 35° nördlicher Breite: im Norden die Reichen, im Süden die Armen“, wie es in einem Flyer heißt.

Dabei sind die Forderungen der JU Südbaden aus dem Jahr 1976 durchaus wegweisend, gleichzeitig auch substantiell, so wird gefordert:

Entwicklungshilfe als moralische Verpflichtung

Während wir in gesichertem Wohlstand leben, leiden Millionen von Menschen in der 3. Welt unvorstellbare Not. Als Christen sind wir aufgefordert mitzuhelfen, dieser Not ein Ende zu setzen und die Menschenrechte zu verwirklichen.

Entwicklungshilfe sichert den Frieden

Das Elend in der 3. Welt birgt die Gefahr weltweiter sozialer Konflikte in sich. Wenn diese Konflikte nicht beseitigt werden können, werden wir mit unlösbaren Spannungen leben müssen. Wenn 2/3 der Weltbevölkerung einmal keinen anderen Ausweg mehr sehen sollten als den der Gewalt, wird die Menschheit im Chaos enden.

Wir müssen zu spürbaren Opfern bereit sein

Unser Anspruch auf ständig steigenden Lebensstandard und großes wirtschaftliches Wachstum darf nicht auf Kosten der Armen gehen. Wir werden notfalls gezwungen sein, unsere Erwartungen zurückzuschrauben.

Diese Zeilen lesen sich in einem ganz besonderen Licht, vor dem Hintergrund der ab 2014/2015 einsetzenden Asylproblematik. Die oft in der Bundesrepublik viel zu kurz gekommene Entwicklungspolitik stellte die JU Südbaden bereits 1979 in den Mittelpunkt und reklamierte, dass „das Thema in der politischen Diskussion nicht den notwendigen Stellenwert hat“. Mit einem 6-seitigen Forderungsprogramm versuchte man damals genau dieses Thema in den Vordergrund zu rücken und untermauerte die zukunftsgerichtete Themensetzung, ein Ansatz der bis heute größte Wichtigkeit und Aktualität besitzt, denn nur wer den Menschen vor Ort hilft und Ihnen eine Perspektive ermöglicht arbeitet schon heute an den Problemen von morgen!

2.4 Dienst an der Gemeinschaft – mit oder ohne Waffe?

Das Motto „Hut ab, Helm auf“ prägte die Einstellung der Jungen Union Südbaden zum Thema Wehrdienst – doch sah man auch beim Wehrdienst nicht alles als gelungen an. Die Frage „Friedensdienst mit oder ohne Waffe?“ stand im Zentrum der inhaltlichen Auseinandersetzung der JU mit dem Thema der Dienstpflicht. Diese stellte man nicht in Frage – selbstverständlich war der Dienst an der Gesellschaft ein Baustein im sozialen Gefüge, doch forderte man schon früh die Gleichstellung mit der Zivildienstleistenden, die Verbesserung und Vereinfachung der Kriegsdienstverweigerung, aber auch die heimatnahe Stationierung der Wehrdienstleistenden und die jährliche Anhebung des Soldes. In der Zeit des Kalten Krieges stand es auch in Südbaden nie zur Debatte, ob die Bundeswehr gebraucht wird oder nicht – doch als Einwohner einer Region, die in Jahrhunderten europäische Geschichte immer wieder Schauplatz großer Verwüstungen durch Kriege und Konflikte wurde, legte man auch viel Wert auf den Dienst ohne Waffe – ein Dienst an der Gesellschaft der nicht geringer einzuschätzen war als jener an der Waffe.





Ziel der JU in Südbaden war es, klar herauszustellen, dass ein Dienst an der Gemeinschaft ebendieser nutzt und auch die eigene charakterliche Entwicklung prägt. Dabei spielt es keine Rolle, ob ein Dienst an der Waffe oder im zivilen Bereich abgeleistet wurde. Wer keine Waffe in die Hand nehmen wollte, dem sollte dies schnell und ohne große bürokratische Hürden erlaubt werden.

In dieser Tradition steht die JU Südbaden noch heute – indem man heute, nach der Abschaffung der Wehrpflicht, ein „Jahr für Deutschland“ fordert. Dieses Jahr für Deutschland dient genau diesem gesellschaftlichen Gedanken, indem die jungen Erwachsenen ihren Dienst bei der Bundeswehr genauso wie in zivilen Einrichtungen ableisten können. Diese Pflicht soll nicht nur an sich der Gesellschaft nutzen, sondern insbesondere das Gefühl der Zugehörigkeit zu einer gemeinsamen, offenen und sozialen Gesellschaft stärken.

2.5 Jugend & Gesellschaft

„Mit der gesellschaftlichen Entwicklung fortschreiten können“ – Jugendpolitik als Markenkern der Jungen Union

Die Junge Union Südbaden versteht sich seit ihrer Gründung in besonderem Maße als Stimme der jungen Generation – angesichts ihrer Mitgliederstärke in den Jahrzehnten der Bonner Republik gar als die Junge Generation. Über die Generationen hinweg zeigt die jugendpolitische Auseinandersetzung der JU Südbaden immer wieder, dass daraus zugleich ein Selbstverständnis erwächst, politische Lösungen perspektivisch langfristig zu entwickeln und dabei über die partei- und tagespolitischen Debatten hinauszudenken.

„Das ‚Disco-Fieber‘ lässt – wenigstens am Wochenende – die seelische Temperatur der Jugendlichen über den Gefrierpunkt steigen.“

Für die späten 1960er bis in die frühen 1980er Jahre zeigt sich diese Entwicklung in besonderer Deutlichkeit. Das ausgehende sechste Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts war global geprägt von den Studentenprotesten und der Friedensbewegung. Das Aufbegehren gegen den Traditionalismus der Elterngeneration bestimmte den Zeitgeist. Mitte der 1970er Jahre hatte sich das in der Wahrnehmung der JU Südbaden bereits zum Schlechteren verändert. Wenn auch die jungen deutschen Genossen im Gefolge von Che Guevara und Fidel Castro in der Sache der politische Gegner waren, so schienen breites politisches Desinteresse und weltanschauliche Heimatlosigkeit der jungen Generation als mindestens ebenso bedrohlich für die freiheitlich-demokratische Gesellschaft.

Offenbar – so der Tenor der Diskussionsbeiträge – habe es die Christdemokratie gemeinsam mit den anderen Parteien versäumt, die richtige Antwort auf die Grundsatzzfragen zu finden, die die 68er-Generation aufgeworfen hatte. Ihre Grundsatzzdiskussion sei zu sehr auf die Rechtfertigung vergangener Politik gerichtet gewesen und hätte so das „Weiter so“ einer politischen Kultur suggeriert, in der die Jugend keine Antwort mehr auf ihre Frage nach richtigen und umsetzbaren Wertegerüsten erwarten konnte.

Die Phänomene, die zu dieser Wahrnehmung beitrugen, waren in der Tat besorgniserregend. Während die Tendenz zu gesellschaftlicher Passivität und die Fokussierung auf das individuelle private und berufliche Fortkommen den allgemeinen Zeitgeist bestimmte, boomten Jugendsekten, die Zahl der von Rauschgiften abhängigen Jugendlichen stieg ebenso wie die Kriminalitätsrate und die Zahl der vermissten Jugendlichen, die einfach aus ihrem Alltag davongelaufen waren.

U
Politik ?

Nein Danke!

Das denken heute leider sehr viele junge Menschen. Dies kommt nicht nur in der geringen Wahlbeteiligung der jeweiligen Erstwähler zum Ausdruck, sondern auch sonst sind Jugendliche nur schwer für politische Fragen zu begeistern. Sämtliche politischen Jugendorganisationen können davon ein Lied singen!

Aus der politischen Aktivität der späten sechziger und frühen siebziger Jahre ist ein unpolitisches Dahindämmern geworden, welches allenfalls durch das dumpfe Pochen des Disco-Sounds gestört wird.

Die meisten Jugendlichen vergessen anscheinend, dabei, daß bereits heute die Vorentscheidungen für die nächsten Jahre getroffen werden. Dann aber ist es für ein politisches Engagement schon fast zu spät!

Deshalb: Aufwachen und Mitmachen:!

Gemeinsam gegen Gleichgültigkeit !

Diesen Dualismus aus emotional-geistiger Entwurzelung und zugleich der Suche nach Orientierung spürte auch die Kirche, die zwar ein möglicherweise passendes Angebot hatte, aber ebenso traditionalistische Strukturen. Dass die Junge Union Südbaden und die Verantwortlichen der Jugendseelsorge in der Erzdiözese Freiburg nach dem Katholikentag 1978 in Freiburg gemeinsam diese Entwicklung diskutierten und sich gegenseitig Denkanstöße lieferten, demonstriert eine besondere Stärke der südbadischen JU – dass sie nicht nur über eigene Beobachtungen redet, sondern die Entwicklungen der Zeit mit den betreffenden gesellschaftlichen Kreisen diskutiert und nach lebensnahen und nachhaltigen Lösungen sucht. Die Lösungsvorschläge reichten von neuen Aktionsformen, die politische Zielvorstellungen mit konkretem Handeln vor Ort verknüpfen sollten, bis in grundlegende Bereiche der Bildungs-, Arbeits- und Sozialpolitik. Die Bildungspolitik sollte auf der Grundlage echter Chancengerechtigkeit und individueller Förderung neu ausgerichtet werden, Schülervertretungen ebenso wie Jugendvertretungen in Betrieben eine verantwortlich mitgestaltende Stellung bekommen. Inhaltlich sollte in der Bildung deutlich mehr Wert auf Geschichte und Gemeinschaftskunde als Kern staatsbürgerlicher Bildung und Befähigung zur Demokratie gelegt werden. Darüber hinaus sollte jeder der drei Schulzweige ein eigenes Profil bekommen, sodass nicht etwa der Hauptschulabschluss einfach unter dem Abitur stehen würde, sondern sich beispielsweise mehr auf die Förderung handwerklicher Talente mit Blick auf eine berufliche Karriere fokussiere. Der Staat sollte Sportanlagen und ähnliches als Angebot für eine aktive Freizeitgestaltung eine stärkere Bedeutung zukommen lassen und der Strafvollzug für Jugendliche konsequent auf die Befähigung zur Teilnahme an der Gesellschaft ausgerichtet werden.

„Gottesdienst, Gebet und geistliche Beratung wurden von Jugendlichen unerwartet stark angenommen.“

Auch wurde von der Politik verlangt, weniger im technokratischen Duktus den Sachzwängen der Konsumgesellschaft das Wort zu reden und aktiver die seelischen Befindlichkeiten der Bevölkerung in die politische Gestaltung der Verhältnisse einfließen zu lassen. Damit berührte die jugendpolitische Debatte der 1970er Jahre letztlich vor allem die Frage nach der Haltung, mit der Politik zu machen sei: dass der Gestaltungswille nicht widerstandslos hinter die Alternativlosigkeit des Sachzwanges zurücktreten darf und dass neue Fragen nicht ohne Weiteres mit vergangenen Konzepten beantwortet werden können. Beide Punkte berühren auch heute noch die Weiterentwicklung unserer politischen Kultur. Und auch heute ist die Junge Union trotz des Mitgliederschwundes der vergangenen Jahre die politische Jugendorganisation, die noch immer alle sozialen, beruflichen und religiösen Milieus erreicht und flächendeckend bis in die einzelnen Gemeinden hinein aktive Gruppen betreibt. Die JU Südbaden kann daher nach wie vor für sich in Anspruch nehmen, auch heute noch die wichtigste politische Stimme für die junge Generation zu sein.

„Politische Bildung hat den Schüler zu befähigen, als mündiger Staatsbürger seine Freiheitsrechte im Spannungsfeld der Selbstbestimmung und dem Bewußtsein seiner sozialen Verantwortung zu verwirklichen und an der Fortentwicklung unserer pluralen Gesellschaft mitzuwirken. Dies setzt zum einen die Kenntnis der organisatorischen, rechtlichen und wirtschaftlichen Abläufe in unserem Staate voraus, zum anderen die Einsicht in die verschiedensten gesellschaftlichen Zusammenhänge. Ziel politischer Bildung ist weiterhin, dem Schüler aufgrund dieser Einsichten eine eigene Urteilsbildung und die Anwendung gewonnener Erkenntnisse auf andere Sachverhalte zu ermöglichen.

Durch das Grundgesetz wird ein Normensystem vorgegeben, das die Grundstrukturen unserer Gesellschaftsordnung festlegt. Politische Entscheidungen in konkreten Fällen lassen sich allerdings nicht direkt und zwingend von der Verfassung herleiten; sie gibt auch kein durchgängiges Beurteilungsmodell für Interessen und Konflikte. Die vielfältigen gesellschaftlichen Prozesse lassen sich also weder einseitig auf Harmonie noch auf Konflikte zurückführen. Dadurch ergibt sich als wichtiges Ziel politischer Bildung, den Schüler auf der Grundlage der Verfassung zu Toleranz und zum Respektieren der Meinungsvielfalt zu erziehen.

[...]

Da die Schule einen Erziehungsauftrag hat, muß bei der Organisation des Schulwesens die Gesamtverantwortung des Staates ihren Ausdruck finden. Wesentlicher Bestandteil des schulischen Erziehungsauftrages ist jedoch, zum Leben in einer demokratischen Gesellschaft zu befähigen. Diesem Auftrag wird man nur gerecht, wenn sich auch im schulischen Bereich demokratische Prinzipien niederschlagen. Die Mitwirkungsrechte von Schülern, Eltern und Lehrern müssen daher ausgebaut werden, wobei das Alter der Schüler angemessen zu berücksichtigen ist. Die Grenze der Mitbestimmung in der Schule liegt in der pädagogischen Verantwortung der Lehrer und der Aufgabe des Staates, Curricula aufzustellen. Parlamentarische Organisationsformen und Verfahrensweisen dürfen nicht schematisch auf die Schule übertragen werden.“

(Jugendpapier der JU Südbaden, 1975)

„Sind Sie ein ausgeflippter Typ mit Zottelmähne, Flicker-Jeans und Wohlstands-Überdruß? Dann haben Sie leider Ihre besten Zeiten hinter sich! Sie werden von Ihren Mitbürgern als einsames Relikt der ‚Protestbewegung‘ von 1968 bedauert. Jetzt, ein knappes Jahrzehnt nach den stürmischen sechziger Jahren, formt sich lautlos, aber umso gründlicher ein Kontrastbild:

Schüler und Studenten büffeln fleißig, Lehrveranstaltungen werden nicht mehr in Teach-ins umfunktioniert. Tanzschulen statt Kaderschulen, Diskotheken statt Parteiversammlungen haben Hochkonjunktur. Aggressiver Rockmusik und kritischen Protestsongs wurden die Giftzähne gezogen: Der neue Disco-Sound ist trommelfellverträglich. Das ‚Disco-Fieber‘ läßt – wenigstens am Wochenende – die seelische Temperatur der Jugend über den Gefrierpunkt steigen. Che Guevara und Jimmy Hendrix sind vergessen; das neue Idol heißt John Travolta, ein niedlich geschniegelter Feierabend-Charmeur. Der Erfolg

des Hollywood-Streifens „Nur Samstag Nacht“ ist ein Gradmesser für die Stimmung der Jugendlichen: Nüchtern und angepaßt in Schule und Beruf, romantisch und unkonventionell am Feierabend. [...] Welche Folgerungen müssen angesichts dieser Situation – die örtlich nicht einheitlich ist – von der Jungen Union gezogen werden?“

(Klaus Löffler, Das Discofieber und die Junge Union, 1979)

„Die ethischen Nöte der jungen Menschen müssen zur Sprache gebracht werden. Historische und politische Bildung sollten in den Schulen und Hochschulen eine Aufwertung erfahren. [...] Die Vermassung und die zunehmende Anonymität in unserer Gesellschaft machen vor allem jungen Menschen zu schaffen. [...] Flucht vor der Wirklichkeit in Subkulturen oder der ‚Run‘ auf den Psychotherapeuten deuten dies an.

[...]

Die Junge Union darf dabei weder einer Hysterie vom ‚Untergang des Abendlandes‘ noch einem Zurück zur ‚guten alten Zeit‘ das Wort reden, sondern will sich offen diesen Herausforderungen stellen und mögliche Wege aufzeigen, wo Staat und Gesellschaft den konkreten Erwartungen und Bedürfnissen der jungen Generation, die über den Bereich des rein Materiellen hinausgehen, mehr entgegenkommen müssen.“

(Peter Weiß, Herausforderungen der Jugend, 1979)

Das Thema Gesellschaft besetzt die Junge Union Südbaden bis heute führend. Im Jahre 2014 wurde hierzu ein eigenes Positionspapier vorgelegt, in welchem besonders die Flexibilisierung von Arbeitszeiten im Bezug zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf im Mittelpunkt stehen. Wirtschaft und Familie sind für die JU in Südbaden keine Gegensätze, sondern müssen Hand in Hand gehen um Produktivität zu erhalten, zu steigern und dabei trotzdem eine positive Work-Life-Balance und ein intaktes Familienleben zu gewährleisten.

2.6 Ordnungspolitik als Wohlstandsgarant – Soziale Marktwirtschaft im Zeitalter von Arbeitslosigkeit, Strukturwandel und digitaler Entwicklung

In den 1980er Jahren bestimmte ein neues Thema die gesellschaftspolitische Diskussion in der Jungen Union Südbaden. Ölpreisschock, schwache Konjunktur und hohe Zinsen sorgen für rasant steigende Arbeitslosenzahlen. 1981 lag die Arbeitslosenquote bei 5,5 %, dabei war fast die Hälfte der knapp 1,3 Mio. Arbeitslosen unter 30 Jahre alt. Hierbei spielte eine besondere Rolle, dass die geburtenstarken Jahrgänge Ende der 1960er Jahre für zusätzlichen Angebotsdruck auf dem Arbeitsmarkt sorgten. Die JU Südbaden reagierte darauf mit der Forderung nach einer an den ordnungspolitischen Grundsätzen der Sozialen Marktwirtschaft orientierte Wirtschaftspolitik: Die Politik sollte darauf ausgerichtet sein, einen funktionierenden Wettbewerb zu gewährleisten, anstatt wirtschaftliche Konzentrationsprozesse zu fördern – vor allem durch die Erleichterung von Unternehmensgründungen und den Abbau eines völlig unüberschaubaren und ziellosen Subventionismus. Im Einklang damit wurde auch die Verwirklichung des Europäischen Binnenmarktes und der Abbau protektionistischer Maßnahmen im Welthandel unmissverständlich als Forderung artikuliert.

„... und andererseits das Wissen über die neuen Technologien breiter gestreut wird.“

Zugleich erkannte man, dass die Krise nicht allein konjunktureller Natur war, sondern dass der Strukturwandel durch den technologischen Fortschritt und den zunehmenden Einsatz von „EDV- und Mikroprozessoren“ den Arbeitsmarkt nachhaltig verändern würde. Gewaltige Wachstumspotentiale und die vorgezeichnete Verschiebung von Arbeitsplätzen – immer gleichbedeutend mit der Angst vor einem Verlust in der Summe – wurden zum Ausgangspunkt einer Reihe von arbeitsmarktpolitischen Forderungen, die auf die Ermöglichung einer Reihe flexibler Modelle zielte. Der Berufseinstieg und der Renteneintritt sollten von ihren starren Strukturen gelöst werden, gar die Jahresarbeitszeit vom Arbeitnehmer frei bestimmt werden. Statt der von linker Seite vorgebrachten Forderung nach einer generellen 35-Stunden-Woche sollten Teilzeitarbeitsmodelle und Sabbatjahre mit teilweiser Gehaltsfortzahlung die individuelle Gestaltung der Work-Life-Balance ermöglichen. Von besonderer Bedeutung war die Stärkung der Weiterbildungsmöglichkeiten als wichtigste Reaktion auf die Herausforderungen eines sich beschleunigenden technologischen Wandels.

„Mit der Einführung der Breitbandtechnologie und der damit verbundenen künftigen Verkabelung sämtlicher Haushalte bahnen sich in der Medienpolitik Umwälzungen an.“

Gemäß den Beschlüssen des JU-Bezirksausschusses vom 17.1.1981
(Donaueschingen) überarbeitete

STELLUNGNAHME DER JUNGEN UNION SÜDBADEN ZUM THEMA "NEUE MEDIEN"

hier: Kabelfernsehen

Auf der Grundlage des derzeitigen Diskussionsstandes begrüßt die JU Südbaden die Bemühungen um die kontrollierte Einführung neuer Medien.

Wir erkennen und teilen durchaus kritische Stimmen und Bedenken, die in der laufenden Diskussion geäußert werden. Auch wir vertreten die Meinung, daß ein rein kommerzielles Fernsehen, wie es beispielsweise in den USA vorzufinden ist, verhindert werden muß, da sich sonst die publizistische Macht vom öffentlichen-rechtlichen Fernsehen lediglich auf die neuen Investoren verlagert. Eine weitere Gefahr besteht in der noch größeren Überflutung durch ein vielfältiges Programmangebot, das vom einzelnen kaum bewältigt werden kann. Schon heute wirkt das Fernsehen familiengefährdend und erzieht vor allem jugendliche Zuschauer zu einer nur passiven Rezeptionshaltung.

Zudem kann der Fall eintreten, daß durch künftiges Lokalfernsehen die persönliche Kommunikation reduziert wird. Außerdem können die Zeitungen, die wesentlicher Bestandteil des örtlichen Lebens sind, in ihrer Existenz gefährdet werden.

Dem steht eine Reihe von Gründen, die für die Einführung des Kabelfernsehens sprechen, gegenüber. In erster Linie sehen wir hier die notwendig gewordene Entflechtung der Macht, die die derzeitigen Sendeanstalten innehaben. Unter den Gesichtspunkten des demokratischen Staates und der pluralistischen Gesellschaft ist eine möglichst breite Streuung publizistischen Wirkens geboten. In diesem Zusammenhang erwähnen wir auch, daß das Sendemonopol der Bundespost aufgrund der veränderten technischen Möglichkeiten nicht mehr länger aufrecht erhalten werden sollte.

Einen weiteren verfassungsrechtlichen Aspekt birgt die Zunahme an Informationen und Meinung, die entsprechend der größtmöglichen Pressevielfalt auch im rundfunkpolitischen Bereich gelten sollte. Dem mündigen Bürger muß die Freiheit der Auswahl zugetraut und zugestanden werden.

Auch in diesem Bereich wird Konkurrenz belebend wirken und dem Zuschauer ein besseres Programm bieten können. Es sei hier auf das britische Modell - Existenz eines privaten und eines quasi-staatlichen Programmes - verwiesen. Zudem könnten gestalterische Fähigkeiten der Fernsehschaffenden gefördert werden, die heute allzuoft im bürokratischen Apparat untergehen.

Wir vertreten entschieden die Auffassung, daß der erreichte technische Fortschritt, der gerade im Medienbereich sehr groß ist, zum Nutzen der Menschen eingesetzt werden sollte.

Aus der Abwägung des Für und Wider resultiert unser Eintreten für das Kabelfernsehen. Aufgrund der erkannten Gefahren müssen jedoch enge gesetzliche Grenzen gesetzt werden:

Wir meinen, daß das private Fernsehen einen fixierten Programmauftrag erhalten, der zu erfüllen Pflicht sein sollte. Darin könnte etwa die erlaubte Werbung festgeschrieben werden, die unseres Erachtens nur in geringem Umfang und zu festgesetzten Zeiten in Blöcken gesendet werden sollte. Um Ausuferungen zu vermeiden, müßten auch die Gesamtsendezeiten vom Gesetzgeber limitiert werden. Von selbst versteht sich, daß die Freiheit der Privaten ihre Grenzen in den Gesetzen zum Schutze der Jugend finden wird. Ferner treten wir für formelle Zugangsvoraussetzungen ein, die im einzelnen noch näher bestimmt werden müßten. Eine Lizenzierung erscheint uns hier überlegenswert. Ein weiteres zu klärendes Problem liegt bei den Gebühren. Sie sollten so gestaffelt sein, daß der Nutzer der neuen Technik auch einen großen Anteil an der Kostendeckung zu leisten hat. Eine Abrechnung nach Inanspruchnahme des Programms muß diskutiert werden.

Alles in allem vertreten wir die Auffassung, daß der einmal erreichte technische Fortschritt genutzt und innerhalb vernünftiger und wirksamer gesetzlicher Vorschriften den Bürgern angeboten werden soll. Über die Annahme entscheidet letztlich jeder selbst.

Mit Interesse sehen wir der Veröffentlichung des Berichtes der Medienkommission entgegen, dessen Inhalt in die weitere Arbeit der JU Südbaden zu diesem Thema einfließen wird.

Für die JU Südbaden: Robert King
Michael Seiberlich

Januar 1981

Das Ausmaß der Umwälzungen zeichnete sich Anfang der 1980er bereits über das Arbeitsumfeld hinaus ab – etwa mit der Breitbandtechnologie, die 1981 den Teletext ins Kabelfernsehen brachte. Den Ängsten von informationeller Überflutung und dem Ende der persönlichen Kommunikation trat die Erkenntnis über das Versprechen einer besser informierten Gesellschaft, ja einer stärkeren Demokratie gegenüber. Im Gegensatz zu kulturpessimistischen Stimmen vor allem aus den Reihen der Sozialdemokratie betonte die Junge Union Südbaden die Wahlfreiheit, die dem Mündigen zusteht, und plädierte für die Zulassung privater Fernsehsender als neue Wettbewerber für die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten, deren von Privatinteressen unabhängiges Informationsangebot sie jedoch sakrosankt gegen jede Forderung nach Auflösung machte.

Der digitale Wandel beschäftigte die Junge Union Südbaden auch weiterhin. Im Jahr 2010 mündete dies in ein bis heute für die CDU Programmatische wegweisendes Positionspapier, in dem die JU Südbaden als erste Gliederung der CDU Deutschlands überhaupt unter Federführung des damaligen stellvertretenden Bezirksvorsitzenden Dennis Mauch ein umfassendes Konzept zur Digital- und Netzpolitik erarbeitete. Neben der Forderung nach Netzneutralität sprach man sich bereits damals für einen schnellen und umfassenden Breitbandausbau, vor allem im ländlichen Raum aus. Aber auch rechtliche Fragen, wie die Zukunft des Urheberrechts im Zeitalter des Internets oder die Forderung nach der Abschaffung der Störerhaftung für Netzwerkanbieter, heute politische Realität, wurden damals von der JU Südbaden in die politische Debatte eingebracht. Der Forderung nach einem Digitalisierungsministerium erteilte man dagegen eine Absage: Digital- und Netzpolitik sei eine Querschnittsaufgabe, die bei einem Staatsminister im Kanzleramt angesiedelt werden sollte. Eine Forderung, entstanden in der JU Südbaden, die es 2016 schließlich in das Bundestagswahlprogramm der Union schaffte.

2.7 Pragmatische Prinzipientreue – Die Junge Union Südbaden in den zivilgesellschaftlichen Debatten

In den zivilgesellschaftlichen Debatten zeichnete sich die Junge Union Südbaden durch einen zukunfts-gewandten Pragmatismus aus. Dies äußerte in der Form, dass der Bezirksverband die freiheitlich-demokratische Ordnung und der Parlamentarismus als *conditio sine qua non* jeder politischen Auseinandersetzung betrachtete und sich trotzdem einen gewissen Spielraum bei Diskussionen um die Veränderung der konkreten Ausformungen erhielt. Letztlich findet in dieser Haltung ein hoher Respekt vor der Freiheit und Verantwortlichkeit des einzelnen Bürgers seinen Ausdruck – ebenso wie christliche Anerkennung der Fehlbarkeit und Reflexionsfähigkeit des einzelnen Menschen.

Als Ende der 1970er Jahre die Bürgerinitiativen aufkamen wurde quer durch die politischen Lager diskutiert, wie mit diesem Phänomen umzugehen sei. Die JU Südbaden betonte dabei, dass es zunächst grundsätzlich begrüßenswert sei, wenn sich mehr Menschen aktiv an demokratischen Prozessen beteiligen. Zugleich wurde

darauf gepocht, dass sie aufgrund ihres Charakters als Vertreter von partikularen Interessen nicht als vierte Gewalt akzeptiert werden dürften, die vermeintlich auf Augenhöhe mit demokratisch legitimierten Institutionen stehen. Die Bürgerinitiativen wurden kritisch gesehen als Faktor, der die politische Willensbildung durch die Parteien erschwere, da einzelne Themen auf eine Art und Weise zwischen den Parteien diskutiert würden, die einen Druck zur thematischen Geschlossenheit auf die Parteien ausüben würde, wo eigentlich systematische Willensbildung innerhalb einer Partei notwendig wäre. Die Politik hätte jedoch die Entstehung einer solch großen Zahl von Bürgerinitiativen durch die Übertragung von immer mehr Entscheidungskompetenzen als die exekutiven Organe selbst teilweise mitherausgefordert. Sofern jedoch keine Ziele verfassungsfeindlicher Natur oder unter Gewaltanwendung verfolgt würden, sei die Einbindung der Bürgerinitiativen in das Planungsstadium von Projekten als demokratischer Fortschritt zu begrüßen. Als Kontrollinstanzen gegenüber der Exekutive seien aber nach wie vor keine anderen Institutionen als die Parlamente zu dulden.

Junge Union Deutschlands



Bezirksverband
Südbaden

Junge Union Deutschlands 7800 Freiburg i.Br. Postfach 333

BÜRGERINITIATIVEN: Herausforderung unserer Demokratie



-IO Thesen der Jungen Union -

Vorlage des Bezirksvorstandes an den Bezirkstag der JU-Südbaden
am 7./8. Mai 1977 in St. Peter

(Zeichnung: Klaus Löffler)

Sind wir auf dem Weg
zum

Schnüffelstaat?

NEIN!

Wir sagen:

JA zu unserem
freiheitlichen Staat

NEIN zu Feinden der
Freiheit im
öffentlichen Dienst

Junge Union

Bezirksverband Südbaden



In der Diskussion um den Umgang mit politischen Extremisten im Öffentlichen Dienst äußerte sich dieselbe Geisteshaltung im unmissverständlichen Bekenntnis, dass man nicht zugleich aktiv die freiheitlich-demokratische Grundordnung ablehnen und aktiv als Beamter für sie eintreten könne. Obgleich die JU Südbaden unterstützte, Verfassungsfeinde aus dem Öffentlichen Dienst fernzuhalten und entsprechende Erkenntnisse des Verfassungsschutzes systematisch dafür heranzuziehen, wurde mit Blick auf Auszubildende und Wissenschaftliche Hilfskräfte Augenmaß bei der Überprüfung angemahnt und gefordert, dass einzelne Verfehlungen von Minderjährigen nicht unbegrenzt in der Akte gespeichert werden sollten. Zwischen christlicher Milde gegenüber jugendlichem Leichtsinns und dem effektiven Schutz sicherheitsempfindlicher Bereiche war auch ein Jahr nach dem Deutschen Herbst 1978 prinzipiengebundener Pragmatismus der Vernunft anstelle von ideologiegetriebener Kompromisslosigkeit handlungsleitend.

2.8 Die Gestaltung der Zukunft als Kernaufgabe! Südbaden 2030

Wie wir bereits festgestellt haben genügt sich die JU Südbaden nicht nur im Heranziehen des Parteienwachstums und der kritischen Hinterfragung der Mutterpartei, sondern setzt insbesondere bei der inhaltlichen Arbeit Maßstäbe. Diesen Auftrag der Meinungsführerschaft trägt die JU Südbaden bis heute im Herzen, weshalb zum Ende dieses Bandes ein kleiner Ausblick in die aktuelle Arbeit gegeben werden soll: Das Grundsatz- und insbesondere Zukunftsprogramm Südbaden 2030, beschlossen auf dem letzten Bezirkstag am 22.07.2017 in Stockach.

Südbaden 2030 – Der Name verrät bereits die Absicht: Ein Zukunftsprogramm vorzulegen, welches in zentralen Politikbereichen nicht nur Wünsche formuliert, sondern bereits echte Handlungsanweisungen liefert. Die JU Südbaden beschränkt sich dabei nicht auf einige Forderungen, sondern legt ein ausgereiftes Konzept von verknüpften Handlungsanweisungen auf vielen relevanten Politikfeldern vor. Nicht nur Ansätze werden beschrieben, sondern konkrete Zahlen, Änderungen und Umgestaltungen empfohlen.

Das Programm selbst ist in einem breiten, basisdemokratischen Prozess entstanden. Nach der Identifizierung der vier Kernthemen: Digitalisierung, Wirtschaft und Sozialstandort, Bildung sowie Innere Sicherheit und Integration wurden hierzu vier Arbeitskreise eingerichtet. In diesen Arbeitskreisen wurden alle interessierten und fachkundigen Mitglieder aufgefordert Ideen einzubringen und mitzuarbeiten. Die Ergebnisse der einzelnen Arbeitskreise wurden mit Experten und unseren lokalen Politikern, in vier Regionalkonferenzen verteilt auf den ganzen Bezirk mit allen interessierten Mitgliedern besprochen und verabschiedet. Letztendlich wurden alle einzelnen Thesenpapiere zusammengefasst und auf dem Bezirkstag in Stockach abermals diskutiert, abgeändert und beschlossen. Dieses Programm hat damit im Prozess eine enorme inhaltliche Tiefe und eine breite Legitimationsbasis erreicht, und kann wahrlich als Grundsatzprogramm der kommenden Jahre verstanden werden. In den vier Kernbereichen konzentrieren sich unsere Forderungen wie folgt:

In der Ausgestaltung der Digitalisierung fordern wir ein ganz klares Bekenntnis zum Glasfaserausbau. Vectoring kann nur eine begrenzte Übergangstechnologie sein, deshalb fordern wir die Erhöhung der Fördertöpfe beim Glasfaserausbau, die Vereinfachung der Beantragung und den Abbau der Bürokratie besonders für die Kommunen vor Ort. Damit kein Tal im Schwarzwald zuwächst und auch unsere schönen Schwarzwaldhöfe am schnellen Internet teilnehmen können, fordern wir eine lückenlose Netzabdeckung mit dem 5G Standard, besser heute als morgen! Die Digitalisierung von Verwaltungsabläufen, die Nutzung der neuen Möglichkeiten in der Schule und in Bildungseinrichtungen aber auch die ethische Diskussion über Grenzen und Verantwortung in der digitalen Weiterentwicklung sind der JU Südbaden für die kommenden Jahre ein Anliegen. Dabei ist auch klar: es muss nicht alles umgesetzt werden, was möglich ist – die Digitalisierung von Wahlen steht außer Frage, solange keine absolute Sicherheit garantiert werden kann, muss der wichtigste Vorgang innerhalb unserer Demokratie auf Papier und nicht im Internet stattfinden. Roboter und künstliche Intelligenzen sollen die Menschen unterstützen, nicht ersetzen!



Bei der Bildung sehen wir drei Kernaspekte. Die Schulbildung bedarf der früheren Hinführung insbesondere zum Politikunterricht, denn eine sinkende Wahlbeteiligung und steigende Politikverdrossenheit können wir nur dann bekämpfen, wenn wir bereits in der Schule ein echtes Interesse, besonders an aktuellen Themen, schaffen können. Eine bessere Vergleichbarkeit der Schulen in Baden-Württemberg durch stärkere Abstimmung der Bildungspläne sehen wir als längst überfällig an. Beim Kernaspekt Hochschulstudium sehen wir die Flexibilisierung und Entbürokratisierung des Hochschulstudiums als Kernanliegen der kommenden Jahre. Gleichzeitig ist die Erhöhung der Zahl der Masterplätze, in Zeiten des Fachkräftemangels, mehr als not-

wendig. Letztendlich möchten wir uns aber im Besonderen auch zur Ausbildung und zum Meister bekennen, der beruflichen Bildung als dritten Kernaspekt. Die Angebote der beruflichen Bildung müssen noch attraktiver gestaltet werden und in ihrer Wertigkeit auch im gesellschaftlichen Diskurs deutlich aufgewertet werden. Es muss gelten: Meister und Master sind nicht nur linguistisch verwandt, sie sind auch in ihrer gesellschaftlichen Wertigkeit auf der gleichen Stufe!

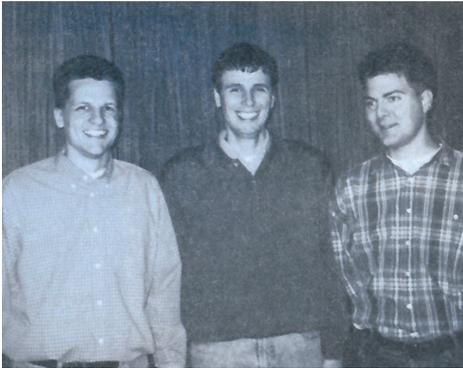


Das dritte Thema, Wirtschaft und Sozialstandort, ist als zentrales und übergeordnetes Thema nicht nur lokal, sondern deutschlandweit entscheidend und wichtig – die JU Südbaden, als Vordenker und Meinungsführer, hat sich auch hier zukunftsweisende und nicht immer einfache Forderungen überlegt. Als zentraler Begriff im Zukunftsprogramm zum Thema Wirtschaft steht die Eigenverantwortung. So müssen auch Manager konsequenter Verantwortung übernehmen, wenn ein Unternehmen durch falsche Entscheidungen Verluste erleidet. Managern muss in einem solchen Fall der Bonus gestrichen werden. Zudem sieht die JU Südbaden bei unserem Steuersystem den Bedarf zur deutlichen Vereinfachung und Entbürokratisierung. Dies soll und darf aber nicht nur ein Lippenbekenntnis bleiben, sondern muss auch tatsächlich umgesetzt werden. Steuern sollen dabei gesenkt und Freibeträge erhöht werden, dies kann unter anderem durch die Streichung vieler Ausnahmen und den damit verbundenen Dokumentationspflichten erreicht werden. Unser Rentensystem kann nur erhalten werden, wenn es zukunftsfest gemacht wird, indem beispielsweise das Renteneintrittsalter flexibler gestaltet wird – Freiberufler sollen teilweise in die gesetzliche Rente einbezogen werden sowie das Renteneintrittsalter flexibler gestaltet werden muss. Dafür fordert die JU Südbaden zudem die Abschaffung der Hinzuverdienstgrenze für Rentner.



Besonders die Debatte um Integration und Innere Sicherheit haben die letzten Jahre geprägt. Die Herausforderung der Integration Asylsuchender sieht die JU Südbaden hauptsächlich bei den Kommunen – hierfür müssen diese konsequent unterstützt und gestärkt werden. Die Finanzierung der Kommunen bei der Integration muss gestärkt werden, die dezentrale Unterbringung soll forciert werden und eine Wohnsitzpflicht beim Bezug von staatlicher Hilfe muss festgeschrieben werden. Um Flüchtlinge stärker und schneller in den Arbeitsmarkt zu integrieren bedarf es einer Ausnahme vom Mindestlohn. Die Junge Union Südbaden bekennt sich klar zur humanitären Hilfe von Verfolgten und Flüchtlingen, illegale Einwanderer müssen jedoch konsequent abgeschoben werden, da sie sonst wichtige Kapazitäten blockieren. Wenn diese nicht in ihre Heimatländer abgeschoben werden können, müssen hierfür eine gemeinsame EU-Unterbringungen geschaffen werden, in denen diese Personen versorgt werden und ein weiteres Vorgehen abgestimmt werden kann. Die Angelegenheiten der Inneren Sicherheit müssen stärker noch beim Bund konzentriert werden, da hier eine effektive Organisation, insbesondere bei der Terrorabwehr, gewährleistet werden kann. Aber auch die EU-weite Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich muss deutlich verstärkt werden. Zur Vereitelung von schweren Straftaten soll die Vorratsdatenspeicherung eingesetzt und beibehalten werden.

Diese Forderungen und Themenbereichen wurden in einem über 70-seitigen Leit Antrag diskutiert und beschlossen. Die JU Südbaden wird auf dieser Grundlage immer wieder auf die Forderungen aufmerksam machen, diese begleiten und sich für ihre Umsetzung stark machen. Damit steht die JU Südbaden auch heute noch ganz in der Tradition früherer Generationen: Als Meinungsführer und inhaltliche Vordenker der Jugend in Südbaden, als Motor und Herzkammer der Anliegen der Jugend im Regierungsbezirk und als „Stachel im Fleisch“, aber auch als inhaltliche und personelle Ressource der CDU Südbaden.



„Früher waren wir nicht so weinerlich!“

Dr. Wolfgang Schäuble zur JU Südbaden



E 7689

ANSTÖSSE

Zeitschrift der Jungen Union Südbaden
März 2001 12. Jahrgang Nr. 1



Lächeln für
Erwin

3. Erinnerungen an meine JU Südbaden



Dr. Wolfgang Schäuble MdB

JU Bezirksvorsitzender 1969-1972
Bundestagspräsident

Die Junge Union Südbaden war einst ein eigener Landesverband. Dies - gepaart mit unserer besonderen Mentalität im Badischen - hat uns nicht nur in Baden-Württemberg, sondern auch in der CDU und Jungen Union Deutschlands stets einen besonderen Charme verliehen. Eigenständig in der Meinung, stets etwas liberaler und weltoffener und bei vielen Themen der CDU in ihrer Zeit voraus. So wünsche ich mir unsere Junge Union Südbaden auch weiterhin.



Johannes Rothenberger

Rechtsassessor
JU Bezirksvorsitzender 2006-2013

In meinen 20 Jahren Mitgliedschaft habe ich viele schöne Momente erleben dürfen und die JU Zeit wirkt auch noch genau so schön nach. Mein schönster Moment war ein privater, den ich nicht weiter ausführe, aber hinreichend bekannt ist. Meinen spannendsten Moment werde ich nur mündlich zu später Stunde überliefern. Und meinen witzigsten trage ich weiter in die JU-Annalen:

Am Tag meines Abschieds nach 7 Jahren Vorsitz der JU Südbaden, was mir immer noch eine Ehre ist, hat ein Mitglied so stark gefeiert oder getrauert, dass es wohl nicht mehr in das richtige Hotel fand, sondern sich zu später Stunde durch einen Terrasseneingang Zugang zu einem privaten Wohnhaus verschaffte. Die Bewohner dachten erst an Einbrecher aber erkannten dann die starke Alkoholisierung. Der JUl erkannte seinen Irrtum aber nicht und beharrte darauf, sich im richtigen Hotelzimmer zu befinden und schlief einfach ein. Die Polizei musste ihn also irgendwann abholen. Der Einsatz war dann nicht nur in der regionalen und überregionalen Presse zu lesen, sondern natürlich das größte Gesprächsthema am nächsten Morgen. ABER - so ist die JU Südbaden, und nicht nur deshalb ist sie etwas Besonderes, der JUl erlangte dann in Abwesenheit das beste Ergebnis bei den Beisitzerwahlen.



Marco Steffens

stellv. JU Bezirksvorsitzender 2004-2007
Bürgermeister Gemeinde Willstätt

Ich kann mich noch gut an einen Bezirkstag zum Thema „ Familie“ erinnern, das ist nun sicher fast 20 Jahre her. Damals haben wir noch intensiv darüber diskutiert, was sich in der Betreuung für Kleinkinder alles ändern muss. Die JU Südbaden hat dort schon sehr zukunftsweisende Vorschläge gemacht, die heute Realität geworden sind. So ist die JU immer Motor für Erneuerung. Für zukunftsweisende, innovative Forderungen ohne Anzug und Krawatte. Das schönste waren dann immer die Bunten Abende, Das Schnarch-konzert in der Massenunterkunft und die schlechte Luft am nächsten Morgen.



Robert King

Pressereferent des CDU Kreisverbandes Rottweil
Pressereferent der JU Südbaden von 1976 - 1985

Um die Nachfolge von Wolfgang Schäuble als Bezirksvorsitzenden der Jungen Union bewarben sich in einem ganz spannenden Wettbewerb Hans-Peter Repnik und Karl von Wogau. Es war dies mein erster Bezirkstag! Und mit dabei waren Karl-Heinz Kögel (vom Pop-Shop, der JU-Arbeit in den Betrieben machen wollte!), Hans Filbinger und – Helmut Kohl. Er stellte sich vor als künftiger CDU-Bundvorsitzender! Ein riesen Erlebnis, der Bezirkstag der Jungen Union im Jahre 1973.

Ein paar Jahre später wurde ich in den Bezirksvorstand gewählt, Bezirksvorsitzender war Michael Arnold. Und es war eine tolle Zeit. Die Diskussionen um die Zukunft der Regionalverbände waren heftig, aber sie trafen nicht so sehr den Nerv der Zeit wie die um die Nachrüstung. Es ging um Krieg oder Frieden – so der Eindruck und die Debatten mit den „Friedensfreunden“ von außerhalb und auch in der Jungen Union. In einer Sitzung hatten wir Alfred Mechtersheimer zu Gast, der als CSU-Mitglied sehr publikums- und medienwirksam die Kontraposition zur Unionsmeinung vertreten hat. Bei so vielen Themen war die Junge Union sehr kritisch, aufmüppig, äußerte sich quer Linie der Mutterpartei und zu den anderen Bezirksverbänden.

Ich fand dann aber doch meine Aufgabe, wenn sie meinem Naturell aber gar nicht entsprach. Der beim Bezirkstag gewählte Finanzreferent hatte das Amt übernommen,

aber monatelang nichts gemacht, gar nichts. Ich glaube mich zu erinnern, dass er alle Rechnungen und was immer angefallen war, in einem Schuhkarton gesammelt hatte. So wurde ich gebeten, das Amt zu übernehmen und für eine ordentliche Kassenführung zu sorgen. Als einer, der von der Materie keinerlei Ahnung hatte. Ich wurde dann noch ein paar Mal zum Finanzreferenten gewählt, verwaltete das Amt so gut ich es vermochte. Doch dass ich das System der Buchführung bis zum Schluss nicht so recht verstand, das sagte ich niemandem. Bis heute.

Ausgetobt habe ich mich auf andere Art. Damals war Klaus Martin stellvertretender Bezirksvorsitzender. Beide wohnten wir im Kreis Tuttlingen. So fuhren wir zumeist gemeinsam zu den Sitzungen. So sehr wir miteinander befreundet waren, so sehr waren wir uns uneinig über politische Grundsatzfragen. Es kam mehr als einmal vor, dass ich unterwegs anhielt und sagte, er solle aussteigen, „und zwar sofort.“ Meine Drohung habe ich dann doch nicht bis ins Letzte wahrgemacht. Aber wir stritten heftig.

Und es gab Feste und Feiern, bewegende Begegnungen, die im Gedächtnis blieben für immer. Politische und persönliche Freundschaften entstanden und endeten, und es gab aufreibende Diskussionen. Von all dem habe ich profitiert, ein Leben lang. Seit den damaligen Zeiten habe ich große Achtung vor all denen, die das Amt des Finanzreferenten jemals übernommen haben und dies noch tun. Ich habe mich dann mehr auf das Schreiben verlegt: erst in der Jungen Union, dann in der CDU des Kreisverbandes Rottweil. Doch alles, was jemals folgte, gründete in der Erfahrung und in den unzähligen so eindrücklichen Erlebnissen der Jahre in der Jungen Union Südbaden. Forever!



Dr. Klaus Schüle

Stadtrat Freiburg
JU Bezirksvorsitzender 1990-1998

Ich erinnere mich noch gut an die Tage im Vorfeld des Bezirkstags der Jungen Union Südbaden in Elzach im Jahr 1995. Alles war gut vorbereitet. Am Samstag war der französische Ministerpräsident a.D. und langjährige Präsident des Europäischen Parlaments Pierre Pflimlin eingeladen und sollte eine Rede zu Europa halten. Für Sonntag war Wolfgang Schäuble als Redner vorgesehen.

Aber, es zeichnete sich auf dem Bezirkstag eine umstrittene Abstimmung zur Frage ab: Soll der Euro in der EU eingeführt werden oder nicht? Ich gehörte zu den klaren Befürwortern und setzte mich als Bezirksvorsitzender aus ganzer Überzeugung schon seit Monaten für die Einführung des Euro ein. Aber ich war mir nicht ganz sicher, ob die Pro-Euro-Fraktion eine Mehrheit auf dem Bezirkstag in Elzach erhalten würde. Viele wollten an der D-Mark festhalten. Was tun?

Da mir die Sache ein Herzensanliegen war und ich eine Mehrheit so weit wie möglich sicherstellen wollte, kam ich auf die Idee, Pierre Pflimlin, der vor der Abstimmung zu Europa als Redner eingeplant war, ausdrücklich um Unterstützung zu bitten.

Ich rief ihn also in seinem Haus in Strasbourg an und schilderte im offenen die Lage im Vorfeld des Bezirkstags der Jungen Union Südbaden. Ich schlug ihm vor, dass er in seiner Rede explizit auf den Euro eingehen und die positiven Gründe für dessen Einführung besonders herausstreichen möge. Er freute sich über den Anruf und sagte sofort seine Unterstützung zu.

Natürlich ging ich davon aus, dass Pierre Pflimlin in seiner Rede das Thema Euro einfach geschickt ansprechen würde und das Telefonat nicht erwähnen würde. Aber es kam anders. Kaum hatte er angefangen zu sprechen, da sagte er: „Ihr Vorsitzender hat mich ausdrücklich gebeten, vor der Abstimmung für den Euro zu werben, Das werde ich gerne tun!“

Zum Glück musste ich in diesem Augenblick spontan grinsen und die Delegierten nahmen es auch mit Humor, so dass die Atmosphäre dann eine sehr herzliche war. Natürlich wurde im Anschluss noch heftig und lange diskutiert. Aber mit 65 zu 35 Prozent wurde die Einführung des Euro von der Jungen Union Südbaden - der europafreundlichsten JU in ganz Deutschland - dann doch klar befürwortet!

Und Pierre Pflimlin erhielt „standing ovations“ für seine Rede. Zur Recht, denn er war der vielleicht beeindruckendste Redner, den wir in der Jungen Union Südbaden in diesen Jahren gemeinsam erleben durften. Er war schon über 80 Jahre alt, aber im Herzen frisch und jung geblieben.



Dr. Andreas Schwab MdEP

CDU Bezirksvorsitzender
stellv. JU Bezirksvorsitzender 1998-2004

Meine Zeit bei der JU Südbaden ist mir noch in sehr guter Erinnerung und ich denke heute noch an die tollen Bezirksparteitage zurück, bei denen wir eine Menge Spaß hatten. Vor allem erinnere ich mich gerne daran, dass wir mit den Freunden aus der JU an Orten debattieren und feiern konnten, wo man sonst nicht so häufig hingekommen wäre. Südbaden auf diese Weise kennen zu lernen, habe ich immer als ein besonderes Erlebnis und auch als Geschenk empfunden. In der Jungen Union hat meine politische Arbeit und mein Engagement begonnen und daher freue ich mich jedes Mal über die Treffen und den Austausch mit den engagierten JU'lern aus Südbaden.



Dennis Mauch

Präsident e.h. der JU Südbaden
stellv. JU Bezirksvorsitzender von 2007 - 2013

Die Junge Union Südbaden ist meine politische Heimat, die Arbeit im Bezirksvorstand hat mich wesentlich geprägt und ich sehe gerne und in Dankbarkeit zurück.

Die beiden Delegationsreisen nach Kroatien 2008 und 2013, welche ich in Vertretung des Bezirksvorsitzenden als „Präsident“ anführen durfte waren besonders eindrücklich, um nicht zu sagen legendenbildend (so steht der „kroatische Mülleimer“ auch heute noch als Synonym für große Automobilkunst und besonders nachhaltige Abfallwirtschaft). Bei unserer ersten Fahrt 2008 waren die Kriegsschäden noch deutlich sichtbar, über zwölf Jahre nach Ende des Balkankrieges! In der Nähe von Vukovar sahen wir einen Spielplatz mit spielenden Kindern, und direkt nebenan die unverkennbaren, rot-weißen Warnschilder „Ne Prilazite“, welche vor ungeräumten Minen warnen. Minenfelder, mitten in Europa! Und daneben, spielende Kinder. Dieses Bild hat sich eingebrannt, und verfestigt den Glauben an Europa als Friedensgarant. Umso schöner war es dann, den Weg Kroatiens in Richtung EU miterleben zu können, und schließlich in der Nacht auf den 1. Juli 2013 in Zagreb an den offiziellen Feierlichkeiten zum EU Beitritt teilnehmen zu können. Zusammen mit tausenden, vor allem jungen Menschen sangen wir Beethovens „Ode an die Freude“ auf dem zentralen Platz in Zagreb. Die Freude der Kroaten über den EU Beitritt mitzuerleben, die Hoffnungen welche sie mit dieser Mitgliedschaft verbinden zu sehen, hat uns wieder in Erinnerung gerufen, was wir an Europa haben.



Maria-Lena Weiss

Kreisvorsitzende der CDU Tuttlingen
Bezirksvorsitzende 2013-2016

Liebe JU Südbaden,

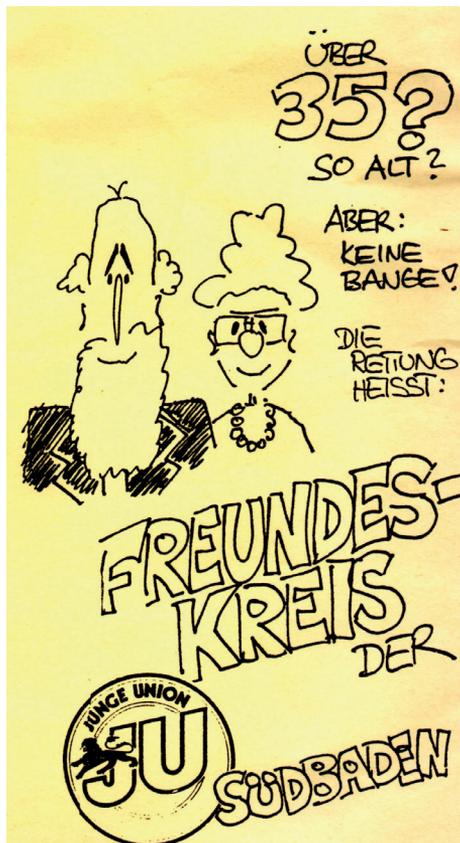
ein gemeinsamer Weg verbindet uns nun schon mein halbes Leben lang und ich freue mich sehr, heute auf Deinen 70. Geburtstag anstoßen zu dürfen. 2001 habe ich Dich beim Bezirkstag in Edingen am Kaiserstuhl kennenlernen dürfen. Ich erinnere mich noch genau daran, wie ich mich aufgeregt mit meinem blauen Twingo auf den Weg auf den Kaiserstuhl gemacht habe. Eine so weite Reise zu einem Bezirkstag anzutreten war ein richtiges kleines Abenteuer und damals habe ich noch nicht geahnt, dass ich dank Dir

bald jeden Winkel zwischen Bodensee und Rheinebene kennenlernen darf. Bezirkstage wurden seitdem ein ständiges Highlight in meinem Jahreskalender und ich habe mich sehr darüber gefreut, als ich am Bezirkstag in Trossingen im Jahr 2003 vor heimischer Kulisse als Beisitzerin in den Bezirksvorstand gewählt wurde und von nun an aktiv Politik in und für Südbaden mitbegleiten durfte.

Die gemeinsame Zeit mit Dir hat mich politisch erwachsen werden lassen. Ich bin Dir dankbar für viele Erfahrungen, die mich auch über die Politik hinaus geprägt haben. Ich habe durch dich gelernt, dass man auch mal stolpern und hinfallen darf. Wichtig ist nur, nicht liegen zu bleiben und den Kopf nicht in den Sand zu stecken, dann entpuppen sich Niederlagen manchmal auch als große Chancen. Ich denke an den Bezirkstag in Stockach im Jahr 2006, als ich bei der Kampfabstimmung zur stellvertretenden Bezirksvorsitzenden knapp unterlegen bin, nur wenige Monate später aber die Chance bekommen habe, als Tuttlinger JU-Kreisvorsitzende des mitgliederstärksten JU-Kreisverbandes in Südbaden mitzuwirken. Und ich denke natürlich an die legendäre Kampfabstimmung um den JU-Landesvorsitz im Jahr 2012, die mir zwar dem ersten Anschein nach eine Niederlage bescherte, für mich jedoch dazu führte, dass ich für drei Jahre eines der schönsten Parteiämter bekleiden durfte, das es gibt: von 2013 – 2016 war ich Deine JU-Bezirksvorsitzende. Es waren turbulente politische Jahre, denn Du musstest mit mir einen streitbaren Kopf aushalten. Schmunzelnd blicke ich darauf zurück, wie wir beispielsweise unseren eigenen JU-Freundeskreis gegründet haben – sehr zum Ärger des Landesverbandes. Oder wie wir in einer aufsehenerregenden Pressekonferenz im Grünen Baum in Donaueschingen den sofortigen Rücktritt unserer Landesvorstandsmitglieder aus dem JU-Landesvorstand erklärt haben. Um ein Haar wäre der Landesverband Südbaden gegründet worden. Lieber JU-Landesverband, ärgere uns ja nicht mehr – die Pläne samt eigenem Logo liegen umsetzungsbereit in der Schublade ;) Eines hat die JU Südbaden stets ausgezeichnet: wir waren ein Bezirksverband, der sehr liberal war, aber wenn es darauf ankam, dann standen wir geschlossen zusammen. Wenn wir gekämpft haben, dann mit offenem Visier und so konnten wir auch Konflikte wie beispielsweise den Konflikt mit dem Landesverband wieder beilegen, ohne dass unüberwindbare Gräben entstanden sind.

Nie werde ich den Bezirkstag 2008 in Schopfheim-Gersbach vergessen, als wir überdreht nach etwas zu exzessivem Karaoke singen den Ärger der Naturfreunde auf uns gezogen haben und Hausverbot in sämtlichen Naturfreundehäusern bekommen haben. Oder den Bezirkstag im Europapark mit Übernachten im Tipi, an dem das Verschwinden eines Lassos des Europapark-Lassoartisten kurzfristig zu Turbulenzen geführt hat, die der Missetäter durch anonymes Rücksenden zum Glück wieder beilegen konnte. Viele schöne Momente, die mir in Erinnerung bleiben, könnte ich jetzt noch aufzählen. Doch sollen meine Erinnerungen an Dich, liebe JU Südbaden nur ein Beitrag unter mehreren sein. Deshalb bleibt mir, Dir zu Deinem 70. Geburtstag zu gratulieren und Dir in dem Jahr, in dem ich aus der JU ausscheiden werde, alles Gute für Deine Zukunft zu wünschen. Bleib wie Du bist – gerne verfolge ich Deinen Weg weiter.

4. Freundeskreis: JU Südbaden – ein Leben lang!



Manche Dinge im Leben kann man nicht aufhalten – so auch das Altern und letztendlich das zwangsweise Ausscheiden aus der JU. Seit 1970 steht es in der Satzung, erst der JU Baden/Südbaden, dann in der Landessatzung: Die Altersspanne der JU beträgt 14-35 Jahre, danach scheidet man als Mitglied automatisch aus. Schnell erkannte man in Südbaden: Auch nach dem 35sten Lebensjahr fühlen sich viele noch als JUlern, der JU Verbunden oder haben unvergessliche Erinnerungen, Freunde und manchmal sogar Ehepartner in der JU gefunden. Da kann und darf der Kontakt zur JU nicht abreißen! Dies erkannte die JU Südbaden schnell, und richtete schon in den 80er Jahren den offiziellen Freundeskreis der JU Südbaden ein. Dies eröffnete nicht nur die, verständlicherweise beliebte, Möglichkeit der JU finanziell verbunden zu bleiben und diese aktiv bei ihrer Arbeit zu unterstützen. Der Freundeskreis bot und bietet bis heute die Möglichkeit mit aktiven JUlern sowie ehemaligen Weggefährten in entspannter Atmo-

sphäre ins Gespräch zu kommen, im Jahr 2016 beispielsweise mit unsere ehemaligen Vorsitzenden und Bundesfinanzminister. Sie möchten mit Ihrer JU verbunden bleiben und uns unterstützen? Melden Sie sich ganz einfach bei unserem Freundeskreis-Koordinator: Johannes Rothenberger unter rothenberger@ju-suedbaden.de. Getreu dem Motto:

„Der beste Weg einen Freund zu haben, ist der, einer zu sein.“

Ralph Waldo Emerson

5. Die JU Bezirkstage seit 1970

Seit der Konstituierung des gemeinsamen Landesverbandes der Jungen Union Baden-Württemberg am 21./22. Februar 1970 in Karlsruhe hat der Bezirksverband der Jungen Union Südbaden die folgenden Bezirkstage durchgeführt:

21./22.11.1970	1. Bezirkstag	Offenburg
27.11.1971	2. Bezirkstag	Furtwangen
03./04.02.1973	3. Bezirkstag	Singen
23./24.05.1974	4. Bezirkstag	Wurmlingen
03./04.05.1975	5. Bezirkstag	Waldshut-Tiengen
15.11.1975	a.o. Bezirkstag	Bad Dürkheim
22./23.05.1976	6. Bezirkstag	Lörrach
07./08.05.1977	7. Bezirkstag	St. Peter
15.10.1977	a.o. Bezirkstag	Oberndorf
20./21.05.1978	8. Bezirkstag	Bad Peterstal
19.05.1979	9. Bezirkstag	Freiburg-Ebnet
01./02.12.1979	a.o. Bezirkstag	Radolfzell
26./27.04.1980	10. Bezirkstag	Endingen a. K.
23./24.05.1981	11. Bezirkstag	Bad Dürkheim/Hochemmingen
24./25.04.1982	12. Bezirkstag	Rietheim-Weilheim
04./05.06.1983	13. Bezirkstag	Schopfheim
26./27.05.1984	14. Bezirkstag	Mahlberg-Orschweier
08./09.06.1985	15. Bezirkstag	Ehrenkirchen
07./08.06.1986	16. Bezirkstag	Waldkirch-Kollnau
11.10.1986	a.o. Bezirkstag	Zimmern
13./14.06.1987	17. Bezirkstag	Konstanz
28./29.05.1988	18. Bezirkstag	Schönau
27./28.05.1989	19. Bezirkstag	St. Georgen
26./27.05.1990	20. Bezirkstag	Freiburg
01./02.06.1991	21. Bezirkstag	Seelbach
16.11.1991	a.o. Bezirkstag	Stockach
16./17.05.1992	22. Bezirkstag	Waldshut
15./16.05.1993	23. Bezirkstag	Spaichingen
23./24.04.1994	24. Bezirkstag	Tunsel/Bad Krozingen
20./21.05.1995	25. Bezirkstag	Zimmern ob Rottweil
04./05.05.1996	26. Bezirkstag	Elzach
18.04.1997	a.o. Bezirkstag	Ballrechten-Dottingen

11./12.07.1997	27. Bezirkstag	Schönau
7./8.03.1998	28. Bezirkstag	Stockach
24./25.03.1999	29. Bezirkstag	Furtwangen
18./19.03.2000	30. Bezirkstag	Offenburg
23./24.06.2001	31. Bezirkstag	Endingen
27./28.04.2002	32. Bezirkstag	Erzingen
30.11.2002	a.o. Bezirkstag	Löffingen
10./11.05.2003	33. Bezirkstag	Trossingen
29.11.2003	a.o. Bezirkstag	Offenburg
03./04.2004	34. Bezirkstag	Freiburg
25.09.2004	a.o. Bezirkstag	Donaueschingen-Aasen
02/03.07.2005	35. Bezirkstag	Rottweil
14./15.5.2006	36. Bezirkstag	Stockach
16./17.6.2007	37. Bezirkstag	Herbolzheim-Tutschfelden
05./6.4.2008	38. Bezirkstag	Schopfheim-Gersbach
09./10.5.2009	39. Bezirkstag	Donaueschingen
03.07.2010	a.o. Bezirkstag	Rottweil
22./23.10.2010	40. Bezirkstag	Kappel-Grafenhausen
28./29.1.2012	41. Bezirkstag	Vogtsburg
17.11.2012	a.o. Bezirkstag	Villingen-Schwenningen
2./3.3.2013	42. Bezirkstag	Spaichingen
5./6.3.2014	43. Bezirkstag	Görwihl
5./6.3.2016	44. Bezirkstag	Freiburg
22.07.2017	45. Bezirkstag	Stockach

6. Die JU Landes- und Bezirksvorsitzenden seit 1947

Die folgenden Landes- und Bezirksvorsitzenden standen der Jungen Union Südbaden seit ihrer Gründung im Jahr 1947 vor:

1947 - 1948	Dr. Alfons Kist
1948 - 1952	Herbert Hellmann
1952 - 1954	Karlheinz Keller
1954 - 1957	Dr. Trudpert Meder
1957 - 1964	Robert Ruder
1964 - 1969	Dr. Heinz Eyrich
1969 - 1973	Dr. Wolfgang Schäuble
1973 - 1976	Hans-Peter Repnik
1976 - 1983	Dr. Michael Arnold
1983 - 1987	Dr. Jürgen-Peter Graf
1987 - 1989	Andreas Renner
1989 - 1990	Dr. Hubert Müller
1990 - 1998	Dr. Klaus Schüle
1998 - 2002	Volker Schebesta
2002 - 2006	Andreas Jung
2006 - 2013	Johannes Rothenberger
2013 - 2016	Maria-Lena Weiß
seit 2016	Yannick Bury

70 Jahre JU Südbaden – eine spannende Geschichte vom Willen, die Zukunft zu gestalten!

In der vorliegenden Chronik haben wir zurückgeblickt, auf die Entstehung der Jungen Union Südbaden, ihre thematischen Schwerpunkte und auf die lustigen und denkwürdigen Momente von 70 Jahren aktiver Arbeit für das Gemeinwohl in Südbaden. Wir haben zurück geblickt auf geschlossene Freundschaften, denkwürdige Augenblicke und eine thematische Vordenkertradition welche die Junge Union Südbaden seit ihrer Gründung ausgemacht hat. Dies ist keine Selbstverständlichkeit – die Vergangenheit, die wir beleuchteten, ist für jede Generation vergangene Zukunft. Vordenker konnte die JU Südbaden nur sein, weil ihre Mitglieder von dem Willen beseelt waren, ihre Zukunft mit ihren jeweiligen Herausforderungen aktiv zu gestalten, Freiheit und Demokratie zu stärken, den Wohlstand für alle zu mehren und die Grundlagen einer lebenswerten Region zu erhalten. Hervorgegangen aus dem Jugendbeirat der Badischen Christlich-Sozialen Volkspartei und später dem JU-Landesverband Baden, war die Junge Union Südbaden deshalb schon immer ein wenig liberaler, ein wenig nachhaltiger und ihrer Zeit einen Schritt voraus – sie steht damit in der guten Tradition der Region, die sie vertritt. Baden, ein Fleckchen Erde, dass nicht nur zu den schönsten und erlebnisreichsten Regionen Deutschlands zählt, sondern das schon immer mit seiner Grenzlage, seinen offenen Menschen und seiner Lebensqualität etwas ganz Besonderes war und ist. Eine eigene Marke – eben ganz wie die Junge Union Südbaden.

Diese Marke haben wir versucht auf den vergangenen Seiten einzufangen, etwas von dem auf Papier zu bringen, was die JU Südbaden wirklich ausmacht. Dabei war die JU in Südbaden schon immer europäisch, zukunftsgerichtet sowie offen und ist dies bis heute. Nicht zuletzt das wegweisende Zukunftsprogramm Südbaden 2030 belegt das.

Diese Chronik soll also nur einen repräsentativen Eindruck vermitteln und eine selektive Auswahl von dem zeigen, was die Junge Union Südbaden in nunmehr 70 Jahren ausmacht und geprägt hat. Diese Chronik stellt keine wissenschaftliche Darstellung der Geschichte, keine komplette Erzählung der Entwicklung und keine Analyse der Jungen Union Südbaden dar. Angesichts der Menge von politischem Material und Geschäftsakten würde dies wohl ein mehrjähriges Dissertationsprojekt verlangen. Vielmehr soll sie einen Einblick bieten in das „Erlebnis JU Südbaden“. Dazu dienen nicht zuletzt die Erinnerungen der JUler, die eben genau dieses Lebensgefühl ausdrücken. Wir hoffen damit die Erinnerungen derer anzuregen, die selbst über Monate, Jahre oder Jahrzehnte die JU begleitet haben, die viele Erlebnisse und Erinnerungen, Gefühle und Themen mit ihrer JU verbinden. Sie soll aber auch den aktiven Mitgliedern einen kleinen Einblick in die Geschichte ihres Verbandes liefern, sie auffordern aber auch anspornen weiter inhaltlich führend in Südbaden zu bleiben – und den Anspruch an sie richten, selbst denkwürdige, lustige oder ganz besondere Momente zu kreieren und zu erfahren. Dem Außenstehenden soll diese Chronik zeigen, was

es heißt in der JU Südbaden aktiv gewesen zu sein, den Stempel: Made in Südbaden wirklich verdient zu haben!

Die letzten 70 Jahre haben nicht nur die Junge Union Südbaden geprägt – Die Junge Union Südbaden hat auch in 70 Jahren ihre Mitglieder geprägt. Sie hat uns geprägt und sie wird die kommenden Generationen ganz individuell, aber doch ganz entsprechend ihrem Markenkern, prägen. Wir gratulieren der Jungen Union Südbaden zum 70sten Jubiläum und verbinden damit bereits jetzt ein Versprechen: Zum 100sten Geburtstag stehen wir gerne mit unseren Erinnerungen für eine neue Chronik zur Verfügung!



Marvin Wolf
Stellv. Bezirksvorsitzender



Johannes Karl Staudt
Pressereferent

Johannes Karl Staudt



Kommt aus Villingen-Schwenningen. Er absolvierte den B. A. Geschichte mit Nebenfach Volkswirtschaftslehre an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg und verbrachte dabei das akademische Jahr 2015/16 via Erasmus am Trinity College Dublin, Irland. Derzeit studiert er den M. A. Vergleichende Geschichte der Neuzeit an der Albertina und arbeitet als wissenschaftliche Hilfskraft am Walter Eucken Institut. Er ist Stipendiat der Konrad-Adenauer-Stiftung. In der Jungen Union bekleidet er seit 2013 das Amt des Kreisvorsitzenden der JU Schwarzwald-Baar und ist Pressesprecher der JU Südbaden.

Marvin Wolf



Kommt aus Bad Krozingen. Er absolvierte den B.A. Geschichte mit Nebenfach Politikwissenschaften an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, an der er aktuell im Masterstudienengang Vergleichende Geschichte der Neuzeit studiert. Er ist Stipendiat der Konrad-Adenauer-Stiftung. Seit 2014 ist er Gemeinderat in Bad Krozingen und Stellvertretender Ortsvorsteher des Ortsteiles Hausen, seit 2015 ist er zudem CDU Stadtverbandsvorsitzender. In der Jungen Union bekleidet er u.a. seit 2013 das Amt des Kreisvorsitzenden im Kreis Breisgau-Hochschwarzwald sowie seit 2016 das Amt des Stellvertretenden Bezirksvorsitzenden der JU Südbaden.

Simon Mai



Kommt aus Stockach. Er absolviert gerade den B.A Medienkonzeption an der Hochschule Furtwangen University. In der Jungen Union bekleidet er u.a das Amt des Ortsvorsitzenden der JU Stockach und ist als Referent für Medien, Kommunikation und Kampagne in den Bezirksvorstand der JU Südbaden kooptiert. Er arbeitete im Bereich der politischen Kommunikation bereits bei mehreren Abgeordneten auf Landes- und Bundesebene.

Impressum:

Herausgeber: Junge Union Südbaden

Verantwortlich i.S.d.P: Tobias Kellner, Bezirksgeschäftsführer

Autoren: Yannick Bury, Tobias Kellner, Marvin Wolf, Johannes Staudt

Satz und Gestaltung: Simon Mai

